Arbeit&Wirtschaft



Und jetzt?!

Rekord-Rezession, Rekord-Arbeitslosigkeit, Rekord-Budgetdefizit: wie die Pandemie Arbeitnehmer*innen und Unternehmen trifft.

Gebot der Stunde / 18

Weshalb das Arbeitslosengeld dringend erhöht werden muss.

Zahlen, bitte! / 42

Diese Krise wird teuer werden. Wer soll das bezahlen? #3









MICHAEL MAZOHL CHEFREDAKTEUR
ANJA MELZER CHEFIN VOM DIENST
THOMAS JARMER ART DIRECTOR & LAYOUT
NICOLA SKALÉ LAYOUT
MARKUS ZAHRADNIK FOTOS
MIRIAM MONE ILLUSTRATIONEN
WOLFGANG DORNINGER LEKTORAT
SONJA ADLER SEKRETARIAT

Mitarbeiter*innen dieser Ausgabe

Sonja Adler, Veronika Bohrn Mena, Wolfgang Dorninger, Lisz Hirn, Thomas Jarmer, Nani Kauer, Michael Mazohl, Anja Melzer, Beatrix Mittermann, Robert Misik, Miriam Mone, Brigitte Pellar, Werner Reisinger, Nicola Skalé, Irene Steindl, Christina Weichselbaumer, Markus Zahradnik

Redaktion Arbeit&Wirtschaft

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien Tel.: (01) 534 44-39263, Fax: (01) 534 44-100222 redaktion@arbeit-wirtschaft.at

Redaktionskomitee

www.arbeit-wirtschaft.at/impressum

Herausgeber

Bundesarbeitskammer 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22 und Österreichischer Gewerkschaftsbund 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1 Tel.: (01) 662 32 96-0, Fax: (01) 662 32 96-39793 zeitschriften@oegbverlag.at www.oegbverlag.at

Hersteller

Walstead Leykam Druck GmbH & CO KG 7201 Neudörfl, Bickfordstr. 21

Verlagsort Wien

Herstellungsort Neudörfl

Abonnementverwaltung und Adressänderung

Johannes Bagga, Tugce Öztürk
Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
Tel.: (01) 662 32 96-0, aboservice@oegbverlag.at
Einzelnummer: € 2,50 (inkl. Mwst.)
Jahresabonnement Inland € 20,- (inkl. Mwst.)
Ausland zuzüglich € 12,- Porto
für Lehrlinge, StudentInnen und PensionistInnen
ermäßigtes Jahresabonnement € 10,- (inkl. Mwst.)

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25

www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655 ISSN (Print) 0003-7656, ISSN (Online) 1605-6493, ISSN (Blog) 2519-5492

Die in der Zeitschrift "Arbeit&Wirtschaft" wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder/ jede Autorln trägt die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller MitarbeiterInner ur erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung. Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe.

Mitwirkende dieser Ausgabe



ANJA MELZER
CHEFIN VOM DIENST

Unser Neuzugang studierte
Kunstgeschichte, Publizistik und
Kriminologie in Wien und Regensburg.
Seit 2014 arbeitet sie als Journalistin
und Reporterin für österreichische und
internationale Zeitungen und Magazine.



BRIGITTE PELLAR

HISTORIKERIN

Als die neue Chefredaktion noch in die Windeln nässte, arbeitete die renommierte Historikerin schon seit Jahren für die Arbeit&Wirtschaft. Ihr Wissen und ihre Gabe, es zu vermitteln, ist für unser Medium unersetzbar.



MARKUS ZAHRADNIK

FOTOGRAF

Als es noch cool war, fotografierte er die schnellsten Autos der Welt. Jetzt setzt der exzellente Fotograf unsere Interviews, Reportagen und andere Motive in Szene – und zeichnet für unsere Videos verantwortlich.



VERONIKA BOHRN MENA

AUTORIN

Die Autorin des Buches "Die neue ArbeiterInnenklasse – Menschen in prekären Verhältnissen" beschäftigt sich seit Jahren intensiv mit dem Prekariat, Segmentierungsprozessen und Veränderungen in der Arbeitswelt. Arbeit&Wirtschaft 3/2020 STANDPUNKT

Was bisher geschah



ANJA MELZER
MICHAEL MAZOHL
REDAKTION

nd plötzlich war bei uns die Bude dicht, ab Mitte März gab es keinen Großraumbürobetrieb mehr – sondern Homeoffice für alle. Was für ein Glück, dass wir eine Arbeit haben, die das erlaubt, dass wir nicht wie Hunderttausende andere sofort unsere Jobs verloren haben. Unsere neue Chefin vom Dienst, Anja Melzer, hatte gerade eben diesen Dienst angetreten, und wir arbeiteten gerade intensiv an der nächsten gedruckten Ausgabe.

Schnell war klar: Die Arbeit&Wirtschaft wird überwiegend an Betriebe verschickt – doch wen erreichen wir in dieser Situation mit einer gedruckten Ausgabe? Also haben wir uns dazu entschieden, keine Ausgabe zu drucken, sondern sofort verstärkt auf unser Online-Format zu setzen. Mit einer Reihe von Reportagen und laufenden Artikeln mit Zahlen, Daten und Fakten rund um die Corona-Krise – und einem Krisentagebuch im Videoformat, in dem Politikwissenschafterin Natascha Strobl, Autorin Veronika Bohrn Mena, Autor und Videoblogging-Urgroßvater Robert Misik oder Bildungsexperte Daniel Landau ihre Beiträge gestaltet haben.

Unter medizinischen und selbst genähten Stoffmasken fährt das Land jetzt wieder hoch. Ein neu-alter Arbeitsalltag kehrt zurück und damit auch eine neu-alte gedruckte Ausgabe der Arbeit&Wirtschaft, in der wir uns den Auswirkungen der Corona-Krise auf Unternehmen und ihre Beschäftigten widmen und der Frage nachgehen: Wer soll für die Krise bezahlen?

"Wir werden eine Verteilungsdiskussion haben, die sich gewaschen hat", sagt Ingrid Reischl, Leitende Sekretärin für Grundsatz im ÖGB, in unserem Interview. Die Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09 haben die Arbeitnehmer*innen bezahlt. Aber Rekordarbeitslosigkeit und Kurzarbeit sowie eine drohende Insolvenzwelle bei kleinen und mittleren Unternehmen zeigen: Das kann dieses Mal nicht wieder so laufen. Wir werden einen Anteil von denen brauchen, die es sich leisten können: den Reichen und Superreichen. Und zwar einen Anteil, der sich gewaschen hat.

Inhalt

DER DOPPELTE SCHOCK

Angebotsschock, Nachfrageschock: Die Regierung wird gigantische Budgetdefizite in Kauf nehmen müssen, um eine Pleitewelle zu verhindern. Wer sicher nicht dafür bezahlen darf: wieder allein die einfachen Leute.

GLÜCK IM UNGLÜCK

Quer durch ganz Österreich kämpfen Unternehmen mit Umsatzeinbrüchen. Ganz Österreich? In Wiener Neudorf erwartet ein Industrieunternehmen Rekordumsätze für 2020. Wie das geht? Gelebte Sozialpartnerschaft im Betrieb.

GEGENSÄTZE ZIEHEN SICH AN

Wenn wir über die Zukunft sprechen, sollten wir jene fragen, die das am meisten betrifft: die Jungen. Paul Stich, Vorsitzender der Sozialistischen Jugend im (Streit-)Gespräch mit Anna Stürgkh, der Vorsitzenden der Jungen liberalen NEOS.

| Die fetten Jahre sind vorbei | 10 |
|---|----|
| Was in der Krise 1A bei A1 läuft und was nicht | |
| Die große Frage | 1 |
| Es antwortet Lisz Hirn, Philosophin und Publizistin | |
| Zu Kurz gekommen | 10 |
| Was passiert da eigentlich gerade im Journalismus? | |
| Das Gebot der Stunde | 18 |
| Im Gespräch mit Ingrid Reischl, ÖGB | |
| Arbeitsmarkt: Der Einsturz | 2: |
| Wer von der Krise am stärksten betroffen ist | |
| Auf einen Blick | 24 |
| Die spannendsten Prognosen zur Krise | |
| Genuss kehrt zurück – und die Arbeit? | 30 |
| Lokalaugenschein bei NORDSEE in Wien | |
| A&W Blog | 3 |
| Wofür die Gewerkschaften jetzt kämpfen müssen | |
| Land der Vermögensberge | 40 |
| Die Spirale der Ungleichheit dreht sich schneller | |
| Zahlen, bitte! | 4: |
| Und wer übernimmt die Rechnung? | |
| Zu guter Letzt | 4 |
| | |



Neoliberalismus – Freiheit für wen?

Leitideologie für das digitale Zeitalter? Oder verstaubter linker Kampfbegriff?

Die Geschichte zeigt: Die Antwort hängt davon ab, wer von neoliberaler

Politik profitiert und wem sie schadet. Eine Frage, die in der

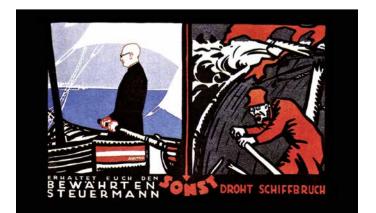
Corona-Krise wieder zum Thema wurde.

TEXT BRIGITTE PELLAR

m Jahr 1944 brachte der aus Österreich stammende, an der London School of Economics tätige Ökonomie-Professor Friedrich August Hayek das Buch "Der Weg zur Knechtschaft" heraus. Sein Kollege an der Harvard-Universität in Boston, Joseph Schumpeter, ebenfalls Exilösterreicher und jeder Sympathie für irgendeine Spielart des Kommunismus unverdächtig, stellte nach der Lektüre trocken fest: "Die Grundsätze der Initiative und der Selbsthilfe des Einzelnen sind die Grundsätze einer sehr begrenzten Klasse. Den meisten Menschen, die – aus welchem Grund auch immer – den mit ihnen verbundenen Anforderungen nicht gewachsen sind, bedeuten sie nichts."

Schumpeter benannte damit den Kern des neoliberalen Menschen- und Gesellschaftsbilds: Nur der freie Markt im Kapitalismus garantiert Freiheit und Fortschritt. Wenn der Staat ein soziales Netz aufbaut, entmündigt er die Menschen, nimmt ihnen ihre Kreativität und ihre Leistungsfähigkeit. Aber der Staat ist keineswegs überflüssig: Er hat den freien Markt und die Möglichkeit, Profite zu machen, zu schützen und für die Schwachen zu sorgen – so wie die Familie Kinder und Behinderte schützt. (Neoliberale würden sich massiv dagegen verwehren, sie seien "unsozial".)

Diese Grundüberzeugung zieht sich durch alle Schriften der fünf wichtigsten Begründer neoliberaler Ideologie, so unterschiedlich und manchmal sogar gegensätzlich ihre Analysen und Konzepte manchmal sind. Drei von ihnen haben österreichische Wurzeln, neben Hayek sein Lehrer Ludwig Mises, Chefökonom der Wiener Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie (der heutigen Wirtschaftskammer), und der Philosoph Karl Popper. Die anderen beiden sind US-Amerikaner, der Journalist und Politikberater Walter Lippmann und Milton Friedman, Professor an der Universität von Chicago.



Kampf um den Sozialstaat. Werbung für das Sparprogramm von Bundeskanzler Seipel 1923.



Ferdinand Hanusch (1866–1923) war in der Habsburgermonarchie führender Gewerkschafter, von 1918 bis 1920 Staatssekretär für Soziales (Sozialminister) der ersten Regierung der österreichischen Republik und dann bis zu seinem Tod Gründungsdirektor der Arbeiterkammer in Wien. In seiner Amtszeit als Staatssekretär wurden die Grundlagen des modernen österreichischen Sozialstaats geschaffen.

... dass für alle
schaffenden Bewohner dieses
Staatswesens die Möglichkeit
gegeben ist, "auf freiem Grund mit
freiem Volk zu stehen", aber nicht
bloß als politisch freie, sondern auch
als wirtschaftlich freie. Nur soziale
Einsicht und soziale Gerechtigkeit
können diesen Staat
begründen.

Feindbild Sozialstaat

Die Zeit vor und nach dem Ende des Ersten Weltkriegs war eine revolutionäre Phase. Russland wurde nach dem Sieg der Bolschewiki zur Sowjetunion. Die junge österreichische Republik legte unter sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung bis 1920 die Grundlagen für einen demokratischen Sozialstaat. Während der Weltwirtschaftskrise nach 1929 gelang es US-Präsident Franklin D. Roosevelt, mit seinem "New Deal"-Programm durch Eingriffe in die "Marktfreiheit" die Folgen für die große Mehrheit der Menschen abzuschwächen, und auch einige europäische Staaten hatten mit einer ähnlichen Strategie Erfolg. Nach dem Zweiten Weltkrieg herrschte in Europa Übereinstimmung, dass Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit der beste Schutz für die Stabilisierung der Demokratie seien.

Mises, Hayek, Lippmann und Co. liefen von Anfang an gegen diese Entwicklung Sturm. Alle waren sie davon überzeugt, dass "Kollektivismus" und "Planwirtschaft" quasi automatisch zur Diktatur führen müssten, und verwiesen auf die faschistischen Regime und die stalinistische Sowjetunion. Nach 1945 richtete sich der Schwerpunkt der Angriffe auf die Wohlfahrts- und Sozialstaatsprojekte in den westlichen Demokratien. Denn, so Hayek, das Ziel von mehr Gerechtigkeit und Gleichheit sei immer mit Verteilungspolitik verbunden und Umverteilung sei Raub durch den Staat. Hayek-Freund Karl Popper steuerte die Ablehnung von Utopien bei: Soziale Verbesserungen würden im Kapitalismus ohnehin laufend stattfinden, die Politik auf das Ziel einer gerechteren Gesellschaft, etwa auf ein "gutes Leben für alle", auszurichten, sei demokratieschädigend.

Vom Nulldefizit und den "Leistungsträger*innen"

Mises und Hayek bestärkten nach 1920 die rechtskonservativen österreichischen Regierungen in der von den internationalen Geldgebern als Gegenleistung für die Budgetsanierung verordneten Hartwährungs- und Sozialabbau-Politik. Jahrzehnte später propagierte Friedman eine harte Sparpolitik, um politisches Handeln in Grenzen zu halten, denn: "Geld auszugeben ist das Lebenselixier von Politikern. Und zugleich die Grundlage ihrer



Der vorherrschende Glaube an "soziale Gerechtigkeit" ist gegenwärtig wahrscheinlich die schwerste Bedrohung der meisten anderen Werte einer freien Zivilisation. ... Wahr ist auch, dass eine soziale Demokratie keine Demokratie ist.

Friedrich August Hayek (1899-1992)

organisierte 1947 die "Mont Pèlerin Society", eine Vereinigung von Wirtschaftswissenschafter*innen, die eine Politik des "freien Marktes" gegen den Sozialstaat durchsetzen wollten. Mit seinem Einfluss auf US-Präsident Ronald Reagan und die britische Premierministerin Margaret Thatcher trug er ab den 1970er-Jahren entscheidend zur neoliberalen Wende in der Politik bei.



Ludwig Mises (1881–1973) war Wirtschaftswissenschafter und Sekretär der Handelskammer (Wirtschaftskammer) in Wien. Als Berater österreichischer Regierungen ab den 1920er-Jahren machte er sich für Budgetsanierungen ohne Rücksicht auf soziale Folgen stark. 1940 in die USA emigriert, trug er als Universitätsprofessor und Regierungsberater entscheidend zur neoliberalen Wende der US-Politik bei.

Der Rechtsstaat soll durch den Wohlfahrtsstaat ersetzt werden, in dem die Regierung frei schalten darf. In diesem Sinne geschah es, dass man überall die subjektiven Rechte der Bürger und ihren Schutz eingeschränkt hat.

Macht." Die Ideologie vom "Nulldefizit", die vor Kurzem noch in der österreichischen Verfassung verankert werden sollte, bis die Corona-Krise das Thema vorerst vom Tisch fegte, hat hier ihre Wurzeln. Lippmann diffamierte 1937 in seiner Polemik gegen den "New Deal" den Wohlfahrtsstaat als "soziale Hängematte", er würde "Sozialschmarotzertum" begünstigen und benachteilige die "Leistungsträger*innen": "Freiheit ohne Risiko gibt es nicht, das wäre ein Widerspruch in sich selbst." Und das, so ergänzte Friedman 1962, sei durchaus wünschenswert, denn "das große Verdienst des Kapitalismus liegt … in der Vielzahl von Möglichkeiten, die er den Menschen zur Ausweitung, Entwicklung und Verbesserung ihrer Fähigkeiten verschafft".

Feindbild Gewerkschaft

Schon Anfang der 1920er-Jahre ging Mises in offene Konfrontation mit "Kollektivismus" und "Gewerkschaftsmonopol". Der Streik, "die Waffe der Gewerkschaften", sei eine "gewaltsame Erpressung", schrieb er 1922. "Die gewerkschaftliche Politik habe "an der Besserung der Lage der Arbeiter nicht das geringste Verdienst gehabt." Sie habe im Gegenteil "ihren Teil dazu beigetragen, dass das kunstvolle Gebäude der kapitalistischen Wirtschaft, in der sich das Los aller, auch das des ärmsten Arbeiters, von Tag zu Tag gebessert hat, in seinen Grundfesten erschüttert wurde". Die "Zerschlagung des "Arbeitsmarktmonopols der Gewerkschaften" ist seit Mises Ziel des Neoliberalismus. Hayek betonte nach dem Zweiten Weltkrieg neuerlich: "Wenn … irgendeine Hoffnung auf Rückkehr zu einer freien Wirtschaft bestehen soll, muss die Frage, wie die Macht der Gewerkschaften … eingeschränkt



Demonstration in Chile Ende 2019.
Eine der Ursachen des Protests sind die
Langfristfolgen der Privatisierung des
Bildungssystems unter General Pinochet.

werden kann, eine der allerwichtigsten sein." Wo die Demokratie Gewerkschaftsverbote ausschließt, werden Instrumente wie staatliche Schlichtung bei Arbeitskonflikten oder Betretungsverbote für Betriebe eingesetzt.

Reaganomics und Thatcherismus – Beginn der neoliberalen Offensive

Auf Initiative Hayeks gründeten 1947 neoliberale Wissenschafter*innen, Journalist*innen und Wirtschaftstreibende die "Mont Pèlerin Society". (Neoliberal war übrigens seit 1938 die Eigenbezeichnung der Gruppe.) Ihr Ziel: den Sozialstaat durch eine Politik der Marktfreiheit zu ersetzen. Die Strategie: Aufbau eines Netzwerks, Politikberatung – Spindoktoren und Think-Tanks sind neoliberale Erfindungen. In den 1970er-Jahren gelang der Durchbruch – unter den Vorzeichen des Zusammenbruchs des Sowjetsystems.

Als Eisbrecherinnen fungierten: die USA mit Präsident Ronald Reagan und Großbritannien mit Premierministerin Margaret Thatcher. Sparpolitik, Privatisierung der Sozialsysteme und Zerschlagung des Gewerkschaftseinflusses waren ihre Markenzeichen. In den USA wurde dies 1981 mit der Entlassung von 11.000 streikenden Fluglotsen vorexerziert. Die "eiserne Lady" folgte 1984, als sie den Widerstand der starken Bergarbeitergewerkschaft gegen Privatisierungen brutal brach.

Demokratie mit beschränkter Haftung

Für die "neuen Liberalen" gilt der von Friedman formulierte Grundsatz: "Wirtschaftliche Freiheit ist eine Voraussetzung für politische Freiheit." Weil Mehrheitsentscheidungen den freien Markt gefährden würden, sei, so Hayek und vor ihm Lippmann, eine "beschränkte Demokratie" wünschenswert. Die Beliebtheit von nicht gewählten und keinem Parlament verantwortlichen "Weisenräten" ist eine Konsequenz daraus und in weiterer Folge das Übergehen parlamentarischer Rechte wie aktuell in der Corona-Krise.

Ganz in den Hintergrund zu treten hat die Demokratie, wenn es darum geht, Gewerkschaften und andere Feinde der Marktfreiheit auszubooten. Mises erklärte 1927, der italienische Faschismus habe "für den Augenblick die europäische Gesittung gerettet". In diesem Geist argumentierte auch Hayek sein Engagement für die Terrordiktatur des Generals Pinochet in Chile: "Es gibt viele Beispiele autoritärer Regierungen, unter denen persönliche Freiheit besser gesichert ist als in manchen Demokratien." Und Friedman, der in Chicago einen Teil der Pinochet-Berater ausgebildet hatte, bezeichnete deren Politik als "das Wunder von Chile".

Arbeit&Wirtschaft



Das Magazin

Zehnmal im Jahr Arbeit&Wirtschaft als Heft.
Attraktiv und informativ aufbereitete Beiträge zu aktuellen Themen aus der Arbeitswelt.
Online laufend neue Artikel, Video-Interviews,
Reportagen und Kommentare.

Website, Facebook, Twitter, Instagram, YouTube werktäglich mit Abendpost als Newsletter-Abo: www.arbeit-wirtschaft.at/newsletter

Der Blog

Täglich neue Fakten und Positionen, spannende Beiträge von Expert*innen aus Arbeiterkammern, Gewerkschaften und Forschungseinrichtungen, auf Facebook, Twitter und per Newsletter.

www.awblog.at





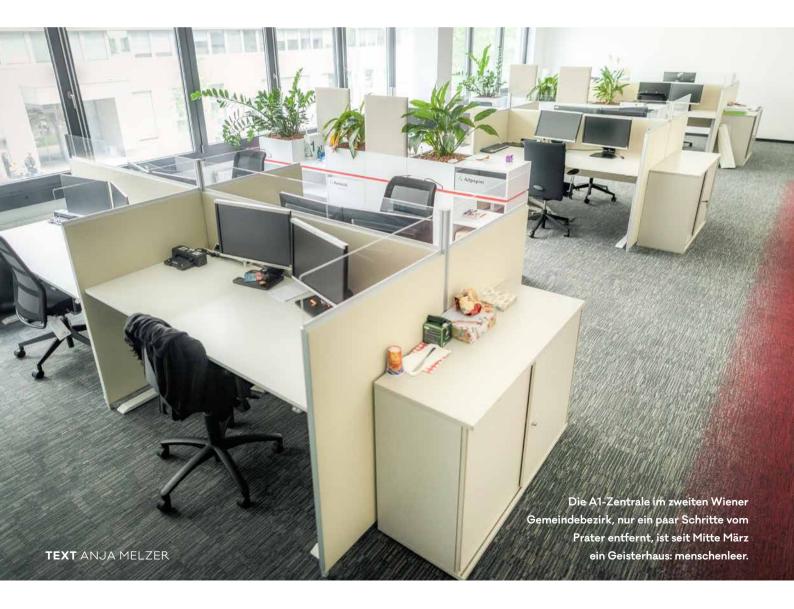
Der Podcast

Im Podcast "Warum eigentlich?" spricht Journalistin und Autorin **Sara Hassan** mit Expert*innen über Themen aus den Bereichen Wirtschafts-, Sozialund Gesellschaftspolitik, Umwelt, Europa und Mitbestimmung. Gemeinsam suchen sie Antworten auf Fragen, die uns heute bewegen.

www.arbeit-wirtschaft.at/podcast

Die fetten Jahre sind vorbei

Corona hat tiefe Spuren durch Österreichs Wirtschaft und Arbeitsmarkt gezogen – die Kapitalgesellschaften sind massiv von den Auswirkungen betroffen. Da stellt sich die Frage: Sollen in dieser Lage trotzdem Dividenden und Manager-Boni ausgeschüttet werden? Zu Besuch bei A1, mitten in der kritischen Infrastruktur.



s war am 26. Februar, am Aschermittwoch, und zwar um 11.50 Uhr und damit exakt zwölf Tage, bevor erstmals die nationalen Behörden zaghaft im fernen Ischgl einschreiten sollten, als bei fast 11.000 Mitarbeiter*innen von A1 Telekom Austria plötzlich ein Mail eintrudelte. Es sollte – und auch das wusste an dem Tag noch niemand – das erste aus einer bis heute nicht abgerissenen Mail-Serie werden. Eine neue Ära, für die man nur wenige Wochen später einen Superlativ gefunden haben sollte: historische Wirtschaftskrise globalen Ausmaßes.

Man hatte zwar schon in den allabendlichen Fernsehnachrichten mitbekommen, dass sich ein neuartiges Virus über die ganze Welt auszubreiten begann. Doch in Österreich nahmen das viele zu diesem Zeitpunkt noch nicht besonders ernst. Bis auf den Absender dieses Mails, er hatte schon eine dunkle Ahnung: Werner Luksch, Zentralbetriebsrat, seit 23 Jahren freigestellter Personalvertreter, seit 2016 im A1-Aufsichtsrat und auch

Vizevorsitzender der Kommunikationsgewerkschaft GPF. Möglicherweise, so informierte er, könnte es bald zu drastischen arbeitsrechtlichen Änderungen kommen, die alle betreffen würden. Auch das Wort "Epidemiegesetz", inzwischen fest im Alltagsjargon verankert, damals aber den meisten Menschen in Österreich gänzlich unbekannt, fällt in jenem digitalen Schriftstück.

Ein menschenleeres Geisterhaus

Werner Luksch ist ein Macher, einer, der eine grundoptimistische Ruhe ausstrahlt. Das sieht man im ersten Moment, wenn man ihm gegenübersteht, so wie an diesem Morgen eines warmen Junitags. Drei Monate und ein paar Tage ist es her, seit er das Mail abgeschickt hatte. Drei Monate, in denen sich die ganze Welt verändert hat. Die A1-Zentrale, ein wuchtiges Gebäude im zweiten Wiener Gemeindebezirk, nur ein paar Schritte vom Prater entfernt, ist ein Geisterhaus. Menschenleer. Lediglich die Dame am Empfang ist da, verbarrikadiert hinter Plexiglasscheiben. Ganz vereinzelt sieht man Personen mit Mundschutzmasken vorbeigehen. Der Getränkeautomat in der Eingangshalle steht einsam und bis zum Anschlag gefüllt im Eck.

Dass wir von Arbeit&Wirtschaft uns überhaupt im Gebäude bewegen dürfen, ist eine Ausnahme. Schon Tage zuvor musste der Besuch angemeldet und sichergestellt werden, dass sich nicht mehr Personen als erlaubt im Haus befinden. Ohne Mund-Nasen-Schutz kommt man nicht einmal durch das Hauptportal, die Aufzüge

"Wir haben eigene Modelle kreiert, um Kurzarbeit zu verhindern."

> Werner Luksch, Zentralbetriebsrat A1



buhlen mit einem flotten, aber warnenden Spruch um distanzierende Aufmerksamkeit: "Ich bin ein Pärchenlift und nur für Zweierfahrten da. Bitte mindestens einen Meter Abstand halten." Oben, im siebten Stock, hat Werner Luksch sein Büro. Die Räume daneben sind unbesetzt, das ganze Stockwerk wirkt verlassen.

Als der Bundeskanzler den Lockdown ausruft, als die Schulen schließen und das ganze Land stillzustehen beginnt, findet sich die A1 Telekom Austria, der führende Telekommunikationsanbieter in Österreich, in einer gänzlich anderen Situation wieder: Das Unternehmen zählt zur sogenannten kritischen Infrastruktur. Der Betrieb muss auch in Krisenzeiten gewährleistet sein, Internet und Handynetze müssen das Land am Laufen halten. So dürfen die Shops trotz der Sperren auch weiterhin in reduzierter Zahl geöffnet bleiben, auch Kundendienst muss möglich sein – nur in die Hochrisikogebiete, also nach Ischgl und in andere Quarantäne-Or-

nen mehr fahren lassen. Denn eines musste tunlichst verhindert werden: dass sich Schlüsselpersonal mit COVID-19 infiziert und auch noch untereinander das Virus verbreitet.

te, habe man vorübergehend keine Mitarbeiter*in-

Ab ins Homeoffice

15. März 2020, ein Sonntag, das Land steckt seit nicht einmal 48 Stunden im Lockdown. Dieser Tag sollte auch als derjenige in die Geschichte eingehen, an dem die Republik erstmals die Miliz einberief. Kurz darauf klickten der A1-CEO Marcus Grausam und Luksch als Personalvertretung – als gemeinsame Absender – wieder auf den Mailabsender und kündigten ihren knapp 11.000 Kolleg*innen eine Mobile-Working-Regelung an; sprich: Wer konnte, sollte ab dem nächsten Morgen von zu Hause arbeiten. Alle anderen wurden angehalten, ihre Überstunden abzubauen. Um den Mitarbeiter*innen das Fernbleiben vom Arbeitsplatz noch schmackhafter zu machen, wurde sogar mit Anreizen geworben: Wer in der kommenden Woche zwei Urlaubstage nehme, bekomme einen obendrauf. For free, sozusagen. Urlaub, davon ist Luksch überzeugt, sei auch schon gesundheitlich betrachtet nicht dazu da, ewig gehortet zu werden. Und jetzt war Solidarität gefragt.

"Wir haben von Anfang an vorbildlich zusammengearbeitet", sagt Luksch über das gemeinsame Vorgehen mit dem Management. Ein, wenn man so will, Musterbeispiel betrieblicher Sozialpartnerschaft. Und: "Wir haben eigene Modelle kreiert, um Kurzarbeit zu



Werner Luksch ist ein Macher, der eine grundoptimistische Ruhe ausstrahlt. Das sieht man sofort, wenn man ihm gegenübersteht.

verhindern." Das hat man auch erfolgreich geschafft. Kurzarbeit hätte nämlich zusätzlich Ungleichheit bedeutet, die eine Hälfte der A1-Belegschaft – die Beamt*innen – hätte man gesetzlich gar nicht in Kurzarbeit schicken können, die andere hätte plötzlich deutlich weniger verdient.

Ein Mitbewerber auf dem Telekommunikationsmarkt wechselte im April doch noch in die Kurzarbeit. Für Luksch unverständlich: "Ich frage mich ja, wieso man einerseits Dividenden auszahlt und andererseits die Beschäftigten zur Kurzarbeit anmeldet. Da finanziert man die Dividende an den Eigentümer mit dem Geld der Steuerzahler*innen." Kurzarbeit sei in erster Linie gedacht für Klein- und Mittelbetriebe, die verzweifelt ums Überleben kämpfen. "Wir bei A1 sind stark genug." Und wenn Werner Luksch das sagt, der seit Jahrzehnten alle Krisen dieses Unternehmens mitausgefochten hat, glaubt man es ihm.

Bei A1 konnte Kurzarbeit bisher verhindert werden. Außerdem kam das Unternehmen auf die höchste Homeoffice-Quote Österreichs.

Um manches habe er in der Corona-Krise aber schon ziemlich kämpfen müssen: "Zu Beginn fehlte die Schutzausrüstung für die Kolleg*innen im persönlichen Kundenkontakt oder man wollte keine Personalvertreter*innen in den wichtigen Gremien, wie etwa dem Krisenteam, dabeihaben. Das kenne ich von anderen Unternehmen anders. Aber man muss doch gerade jetzt an einem Strang ziehen!" - Schließlich landete auch jemand aus der Personalvertretung im Gremium. Diese Sitzungen fanden bzw. finden teils immer noch via Skype & Co statt, ein eigener Datenschutzexperte sorgt für den richtigen Schutz beim Videotelefonieren. "Wir waren wirklich ausgefüllt mit den Online-Konferenzen, aber die haben bisher überraschend gut funktioniert." Werner Luksch lacht und seine Augen grinsen verschmitzt: "Oft funktionieren sie sogar besser als live." Die größte Gefahr dabei: Man höre so gar nicht mehr auf, zu Hause zu arbeiten. Umso wichtiger sei es, auch daheim auf die Einhaltung aller Pausen zu achten.

Homeoffice funktioniert nicht überall

A1 kommt in den letzten Wochen zeitweise auf die höchste Homeoffice-Quote Österreichs. Insgesamt, das zeigt auch eine ganz aktuelle Studie der Arbeiterkammer Wien über die Situation der großen Kapitalgesellschaften, für die 483 Betriebsrät*innen in Aufsichtsräten zu ihren Einschätzungen befragt wurden, hat jedes vierte Unternehmen mehr als drei Viertel seiner Beschäftigten ins Homeoffice geschickt, damit sie sich selbst und die anderen vor dem Virus schützen. Nur: Wer als Angestellte*r im Büro arbeitet, kann die Tätigkeit natürlich deutlich einfacher auch zu Hause durchführen als jemand im Industriebereich – dort waren laut der Befragung nicht einmal zehn Prozent permanent in Heimarbeit. Denn die Möglichkeit von Homeoffice ist nicht primär durch die Branche bestimmt, schreiben die Studienautor*innen, sondern vor allem durch Funktion und Arbeitsfeld. Übrigens: Selbst im Verkauf konnte die Hälfte von zu Hause aus bearbeitet werden.



"Man sieht jetzt, dass Führungskräfte lange Zeit versucht haben, Dinge zu verhindern, die eigentlich immer umsetzbar gewesen wären."

Werner Luksch

Beim Phänomen Homeoffice machte die Krise sogar Dinge möglich, die vorher unmöglich schienen. Lange vor Corona wurde auch bei A1 dafür gekämpft, einen Homeoffice-Arbeitstag pro Woche in der Betriebsvereinbarung zu fixieren. Alle Beschäftigten sollten einen Anspruch darauf haben, ohne darum betteln zu müssen. Dennoch hatten manche Abteilungsleiter*innen immer wieder Gründe dagegen gefunden: Es gebe nicht genug Hardware, man müsse erst Geräte bestellen, es sei datenschutzrechtlich fraglich und bestimmt würde doch die Produktivität der Angestellten darunter leiden.

Steil aufwärts bei der Digitalisierung

Nun, da plötzlich coronabedingt Tausende A1-Mitarbeiter*innen gleichzeitig und noch dazu wochenlang ins Homeoffice wechseln mussten, ohne dass der Betrieb auch nur annähernd zusammenbrach, dürfte die Diskussion wohl zukünftig kein Thema mehr sein, glaubt Luksch. Und die aktuellen Rückmeldungen aus der Kolleg*innenschaft zeigen ihm, wofür er nach Corona kämpfen wird: für das Recht auf noch mehr Homeoffice-Tage pro Woche. "Man sieht jetzt", so der Betriebsrat, "dass Führungskräfte lange Zeit versucht haben, Dinge zu verhindern, die eigentlich immer umsetzbar gewesen wären und sehr vielen hier geholfen hätten." Für A1 habe Corona einen unglaublichen Digitalisierungsschub bedeutet.

Trotzdem – die andauernde und unfreiwillige Verbannung ins Homeoffice macht offenbar sehr viele nicht glücklich. Fast jede*r Zweite gab in der AK-Studie an, unter Vereinsamung und Verunsicherung zu leiden. Viele ächzen unter den deutlich höheren Belastungen, gerade Frauen – und zwar 46 Prozent der von Überbelastung Betroffenen – sehen sich zerrissen zwischen Homeoffice und Homeschooling der Kinder.

Im Erdgeschoss der Zentrale, mit einer langen Fensterfront, durch die man hinaus auf die breite Lassallestraße blickt, die den Praterstern mit der Reichsbrücke verbindet, arbeiten Milos und seine Kolleg*innen zwischen den allerneuesten Smartphones und blinkenden Mobile Gadgets im A1-Shop. "Willkommen zurück!", steht auf einem Plakat an der Tür. Seit vier Jahren ist der 25-Jährige

beim Unternehmen. Alle Shop-Angestellten tragen Mund-Nasen-Schutz und einen Button am Kragen, auf dem eine durchgestrichene Handfläche abgebildet ist: Nicht anfassen. Die Beratungstische haben einen Schutz aus Plexiglas.

Auch Milos war sechs Wochen lang in der Hotline im Homeoffice eingesetzt. "Es war schön zu merken, wie die Kund*innen sich gefreut haben, dass wir weiterhin für sie da sind, nur eben jetzt am Telefon", erzählt er. "Die Bewertungs-SMS im Anschluss hatten echt höchste Zufriedenheitslevels, und das tut einem schon sehr gut beim Arbeiten." Extrem viele Anfragen seien zu besseren Handyverträgen gekommen, weil das mobile Kommunizieren im Social-Distancing-Status wichtiger wurde. Diese Ausnahmezeit habe sein Team zusammengeschweißt. "Angst um den Job hatten wir eigentlich nie, aber wir haben uns alle in neuen Situationen kennengelernt, das ist ur wertvoll jetzt." Seine Augen wandern zu seinen Kolleg*innen durch den Raum, einmal die ganze Runde, und es ist, als würde er unter seinem Mundschutz alle verhalten anlächeln.

Alle Shop-Angestellten tragen Mund-Nasen-Schutz und einen Button am Kragen, auf dem eine durchgestrichene Handfläche abgebildet ist: Nicht anfassen.





Milos, 25: "Das alles hat uns als Team zusammengeschweißt."

Dividenden erhöhen die Insolvenzgefahr

Und welche Lektion zieht Werner Luksch, inzwischen draußen im Innenhof des Gebäudekomplexes auf einem der hohen Holzsesseln sitzend, aus den letzten Wochen? Er überlegt. "Es war eine Situa-

tion, die keiner kannte. Und in der keiner etwas falsch machen wollte." Der sofort umgesetzte und breit angelegte Homeoffice-Erlass sei die absolut richtige Entscheidung gewesen. Immer sei die Gesundheit im Vordergrund gestanden, die Führungskräfte waren durchgehend angehalten, ihren Leuten zu sagen: "Wenn ihr Angst habt oder euch nicht sicher seid – macht es nicht."

Was die Liquidität von Kapitalgesellschaften in der Corona-Krise gefährden könnte: Wenn genau in dieser Situation auch noch Dividenden an die Aktionär*innen ausgeschüttet werden. Denn das erhöht – so auch das Fazit der genannten AK-Studie zu den großen Kapitalgesellschaften – die Insolvenzgefahr.

"Wir sollten die Dividenden aussetzen oder zumindest verringern. Die Corona-Krise führt uns die Dringlichkeit vor Augen! Investitionen in die Volkswirtschaft bringen uns viel mehr, damit das Land wieder hochfahren kann!", sagt Luksch. "Eigentümer sollten die Mitarbeiter*innen und Österreich in den Mittelpunkt stellen, es soll ihnen doch jetzt bitte um den Erfolg des Unternehmens gehen – und nicht um ihre Dividenden!" Nur Investitionen und Konsum, argumentiert er immer emotionaler, kurbelten die Volkswirtschaft an. "Die Reichen geben ihr Geld nicht aus, verschicken es in andere Länder oder verstecken es steuerfrei auf irgendwelchen Inseln – doch die Arbeitnehmer*innen geben es gleich wieder aus."

Man müsse die Corona-Krise als riesige Chance begreifen und den Druck erhöhen. Es brauche endlich eine öffentliche Diskussion um die hohen Managergagen. "Man kann nicht immer von den Arbeitnehmer*innen Opfer verlangen, während sie einem den Karren aus dem Dreck ziehen, sondern endlich einmal von denen, die es sich leisten können." Er fände es – gerade in dieser Notsituation – vorbildlich, wenn man auch in der Managementebene bei ihm im Unternehmen verzichten würde.

Jetzt droht die Armutskrise

Nach Einschätzung der Arbeitnehmer*innenvertretungen, die in der AK-Studie auch zu diesem Themenkomplex erhoben wurden, sollte die Dividende bei jedem zweiten Unternehmen wenigstens gekürzt werden oder sogar gänzlich ausfallen. Bei einem weiteren Viertel wird zumindest darüber diskutiert. Und bei jedem vierten Unternehmen soll die Dividende unbeirrt konstant ausbezahlt werden.

Auch bei A1 sind in den letzten Wochen die Zahlen eingebrochen, Roaming beispielsweise ist komplett weggefallen. Stundungen und Preisnachlässe setzen einen volkswirtschaftlich bedenklichen Kreislauf in Gang und drängen das Unternehmen in die Enge. "Jeder versucht gerade besser dazustehen als die anderen. Und die Ersten, die so was zu spüren bekommen, sind natürlich die Arbeiter*innen, das wird immer nach unten weitergegeben. Nach der Wirtschaftskrise droht uns die Armutskrise", so Luksch. Eine solche zu verhindern,

das sei jetzt die Aufgabe der Politik.

Und Werner Luksch selbst, was hat die Krise eigentlich mit ihm persönlich gemacht? "Ich lebe meinen Job, aber jetzt in der Corona-Krise komme sogar ich an meine Grenzen." Ständig wird der Zentralbetriebsrat angerufen. "Du bist immer bereit, sieben Tage die Woche, 0 bis 24 Uhr, abschalten kannst du in dem Job eigentlich eh nie", meint er.

Krisen sei er zwar gewohnt, Jahr für Jahr werden bei A1 Telekom Austria Mitarbeiter*innen abgebaut, und es müssen gute Lösungen – von Karenzmodellen bis Golden Handshake – erkämpft werden.

Erschwerend in der Corona-Krise seien für ihn auch nicht die unzähligen Skype-Gespräche gewesen, sondern etwas anderes: "Viele Menschen verlieren die Nerven, über allen schwebt etwas Unbekanntes, nicht Greifbares, sie haben Angst. Ich kann da nur versuchen, ruhig zu bleiben und Hoffnung zu geben." Genau diese Haltung, sagt Luksch, habe er bei der Regierung vermisst, die lieber Ängste schürte, beispielsweise mit Sätzen wie diesem aus dem Mund von Kanzler Sebastian Kurz, der in der Bevölkerung Spuren hinterlassen hat: "Bald wird jeder von uns jemanden kennen, der an Corona gestorben ist." Werner Luksch hält das anders: "Mir ist wichtig, immer Fakten an die Kolleg*innen zu geben. Wenn man keine Fakten hat, ist es besser, nix zu sagen."

Gugelhupf für alle

Werner Luksch, der Macher und Kämpfer, nix zu sagen fällt ihm in Wahrheit natürlich schwer. Mit einem Gugelhupf in der Hand marschiert er noch mal spontan zu den Kolleg*innen in den Shop. "Ich hatte Geburtstag, aber was soll ich mit dem oben im Büro allein." Also wird er ihn teilen. So wie er auch die Manager-Boni teilen würde. Gemeinsam halt.

"Wir sollten die Dividenden

aussetzen oder zumindest

verringern. Die Corona-Krise

führt uns die Dringlichkeit

vor Augen!"

Was ist eigentlich Gerechtigkeit?

Gerechtigkeit ist ein Begriff, der uns das ganze Leben lang begleitet. In Kants "Metaphysik der Sitten" heißt es: "Wenn die Gerechtigkeit untergeht, so hat es keinen Wert mehr, dass Menschen auf Erden leben." Klar, dass in der Familie, im Freundeskreis, in der Ausbildung oder in der Arbeitswelt genau darum gerungen wird. In Demokratien beruhen das Recht und seine Anwendung auf einem gemeinsamen Verständnis von Gerechtigkeit und der Gleichheit aller vor dem geltenden Recht. Quoten, Gleichberechtigung und Generationenvertrag sind wiederkehrende Themen in aktuellen Gerechtigkeitsdebatten. Deren Ziel ist es, Lösungen zu finden, die möglichst viele Beteiligte für einigermaßen gerecht halten. Die Sache mit der Gerechtigkeit bleibt kompliziert, auch wenn Moralapostel und Selbstgerechte etwas anderes behaupten. Vor allem da unser Gerechtigkeitsempfinden oft nur dann anschlägt, wenn wir uns selbst ungerecht behandelt fühlen. Bevor wir also das nächste Mal andere beurteilen, sollten wir uns selbst prüfen: Ob wir überhaupt gerecht sein könnten, wenn wir es wollten.



LISZ HIRN PHILOSOPHIN UND PUBLIZISTIN IN WIEN

Zu Kurz gekommen

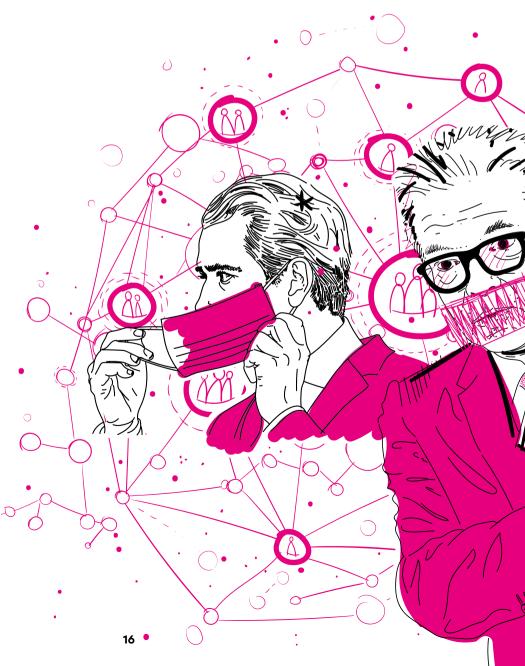
Entfall der Werbeeinnahmen, Kurzarbeit, politischer Druck und gleichzeitig erhöhtes Informationsbedürfnis der Bürger*innen: Was macht die Corona-Krise mit dem Journalismus in Österreich?

TEXT WERNER REISINGER

rise – das ist im Journalismus hierzulande ein Dauerzustand – doch Corona bringt für die (Qualitäts-) Medien die paradoxe Situation eines einerseits enorm gesteigerten Informationsbedürfnisses mit Rekordquoten und -klickzahlen, anderseits einer wirtschaftlich existenzbedrohenden Situation aufgrund des Entfalls der Werbegelder.

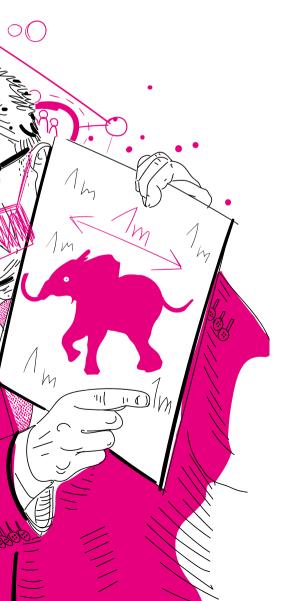
Viel Geld für wenige

Diese Situation, so die vielfache Kritik, mache sich die für Medien verantwortliche ÖVP geschickt zunutze. Da wäre zum einen die "Corona-Sondermedienförderung". Als Kriterium wurde die letztjährige Druckauflage herangezogen. Der Effekt: Die ohnehin inseratenverwöhnten Boulevardmedien "Krone", "Österreich" und "Heute" wurden mit Millionen unterstützt und auch Gratiszeitungen mit einer Auflageförderung bedacht. Ohne den Protest von Qualitätsmedien und Gewerkschaft wäre der Geldsegen sogar noch höher ausgefallen. Digitalmedien erhalten hingegen noch immer kaum Unterstützung. Man wolle kein "Husch-Pfusch-Gesetz"



machen, rechtfertigte sich die Regierung – und stellt für die Zeit nach der Pandemie ein neues Gesetz in Aussicht. Welche Wirkung hat das?

"Die Qualitätsmedien befinden sich in einer Art Geiselhaft der Regierung", sagt Fritz Hausjell. Der Medienwissenschafter vom Wiener Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft geht mit der Regierungspraxis hart ins Gericht. Gerade das In-Aussicht-Stellen von mehr Geld für Qualität in dieser für Medien extrem schwierigen, teils existenzbedrohenden Zeit berge die Gefahr der Selbstzensur in einer für die Regierung Kurz heiklen Phase, sagt er. Nach dem Motto: Wer die Karotte vor der Nase hat, wird automatisch eine gewisse Beißhemmung im Kopf entwickeln.



"Die Qualitätsmedien befinden sich in einer Art Geiselhaft der Regierung."

Fritz Hausjell, Medienwissenschafter

"Der Boulevard hingegen ist mit der Inseratenkampagne von Regierung und Rotem Kreuz doppelt alimentiert worden", sagt Hausjell. Er nimmt hier die Qualitätsmedien selbst in die Pflicht. Spätestens bei Vorliegen einer Gallup-Studie, die zeigt, dass sich die Österreicher*innen während der Corona-Pandemie viel stärker als angenommen über Qualitätsmedien informieren, hätte man die Vergabe der Informationsinserate thematisieren müssen.

Auch wenn man über Ziele und Absichten der Corona-Sonderförderung nur mutmaßen könne – die Annahme, dass dabei der Wunsch nach Selbstdisziplinierung der Qualitätsmedien mitspielt, sei angesichts der Ergebnisse im Boulevard "schwer von der Hand zu weisen", sagt Daniela Kraus. "Unentspannt", so fasst die Generalsekretärin des Presseclubs Concordia das regierungsseitige Verhalten gegenüber den Qualitätsmedien zusammen. Offensichtlich gebe es ein recht geringes Vertrauen in die Mündigkeit der Bürger*innen.

Probleme unter der Lupe

Wie ein Vergrößerungsglas habe die Corona-Krise die Probleme im Journalismus noch stärker sichtbar gemacht: zu wenig Zeit, weil zu wenige Journalist*innen in den Redaktionen. Die Aufregung, als Gesundheitsminister Rudolf Anschober richtigstellte, dass private Zusammenkünfte ohnehin immer erlaubt waren, sei nur durch eines zu erklären: "Viele Kolleg*innen haben einfach die damalige Verordnung nicht genau gelesen. Da hat es wohl ein wenig zu viel Gutgläubigkeit gegeben." Reichlich spät habe man wieder in die Rolle als Kontrollinstanz hineingefunden. Als fatal habe sich dabei die Ausdünnung

der Wissenschaftsredaktionen erwiesen – Stichwort: Umgang mit den von der Politik gelieferten Pandemie-Daten. Auch Frauen seien in der Berichterstattung zugunsten männlicher Experten wieder weiter in den Hintergrund gerückt, kritisiert Kraus. Dass direkte Interventionsversuche aus dem Kanzleramt, wie zuletzt bei der "Kleinen Zeitung" und der Berichterstattung zum Kanzlerbesuch im Kleinwalsertal, nur selten transparent gemacht werden, liege an einem zu schwachen "professionellen Selbstbewusstsein".

Ein solches ortet die Wiener Politikwissenschafterin Petra Bernhardt in einem wenig öffentlichkeitswirksam diskutierten Bereich: der visuellen Inszenierung des Corona-Managements der Regierung. Mangels öffentlicher Auftrittsmöglichkeiten versuchte man, mit der fast täglichen Pressekonferenz das Zepter in der Hand zu behalten. "Mal mit Maske, dann hinter Plexiglas, die Experten in den Krisenstäben blieben dabei größtenteils unsichtbar", sagt Bernhardt. Frankreich sei, was diese Transparenz betrifft, den gegenteiligen Weg gegangen.

Unklare Interventionen

Message-Control, so Bernhardt, werde aber überschätzt. Mit einer "Mischung aus Belustigung und Befriedigung" würden die Message-Controller selbst auf die Journalist*innen blicken und Letztere ihren eigenen Handlungsspielraum unterschätzen. "Wir hören immer wieder von einzelnen Fälle von Intervention, wissen aber wenig über die Art und Weise, wer wann wo wie oft interveniert. Hier fehlt es an der Bereitschaft der jeweiligen Medien, das zu artikulieren." ightharpoonup

Das Gebot der Stunde

Die Arbeitnehmer*innenseite drängt auf eine Erhöhung des Arbeitslosengelds – für Ingrid Reischl, Leitende Sekretärin im ÖGB, die dringlichste sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahme, erzählt sie im Interview.



INGRID REISCHLLEITENDE SEKRETÄRIN DES ÖGB

Die studierte Politikwissenschafterin Ingrid Reischl, 61, folgte im vergangenen Jahr Bernhard Achitz als Leitende Sekretärin im ÖGB nach, verantwortlich für den Bereich Grundlagen und Interessenpolitik. Zuvor war sie unter anderem langjährige Obfrau der Wiener Gebietskrankenkasse und Leiterin des Grundlagenbereichs der GPA-djp sowie Lektorin am Institut für Staatsund Politikwissenschaften an der Universität Wien.

ngrid Reischl, die Leitende Sekretärin für Grundsatz des ÖGB, betritt den Raum mit Maske. Man sieht trotzdem ihr Lächeln in den Augen, als sie sich vergewissert, dass für das Interview – wir zeichnen es auch auf Video auf – die notwendigen Abstände eingehalten werden. Schließlich geht es auch bei einem Interview um Arbeitnehmer*innenschutz.

Die letzten Wochen waren sehr hart, erzählt sie, "ich habe so viel gearbeitet wie noch nie zuvor in meinem Leben". Sie kommt direkt von einer Besprechung mit Arbeitsministerin Christine Aschbacher. Der ÖGB, die Sozialpartnerschaft ist wieder gefragt, und Ingrid Reischl hat viele Antworten.

Wir haben derzeit etwa 550.000 arbeitslos gemeldete Menschen, über 1,2 Millionen sind in Kurzarbeit. Welche Maßnahmen müssen für die Betroffenen gesetzt werden?

Die dringlichste Maßnahme ist – und nicht nur aus sozialpolitischen Gründen –, die Nettoersatzrate des Arbeitslosengelds zu erhöhen. Arbeitslose Menschen haben mit 55 Prozent im europäischen Vergleich eine sehr niedrige Ersatzrate. Ein höheres Arbeitslosengeld stärkt schließlich auch die Nachfrage.

INTERVIEW MICHAEL MAZOHL

Wir trommeln das als ÖGB schon länger, wir kämpfen dafür – und es gibt auch bereits Gespräche mit der Regierung. Ich hoffe wirklich, dass diese Maßnahme gesetzt wird und zwar sehr, sehr rasch und am besten auch nachhaltig. Eigentlich stelle ich mir nicht vor, dass wir jetzt eine zeitlich befristete Erhöhung der Nettoersatzrate einführen, sondern eine, die auch dauerhaft wirkt.

Der Vorschlag lautet, die Nettoersatzrate auf 70 Prozent zu erhöhen?

Unsere Vorstellung wären 70 Prozent, und auch die Bezugsdauer sollte ausgedehnt werden, bevor man in die Notstandshilfe fällt. Neben der sozialpolitischen Notwendigkeit ist das jetzt auch eine wirtschaftspolitische Notwendigkeit.

Aufgrund der Menge der Anträge zur Kurzarbeit ist im AMS ein Flaschenhals aufgetreten, und mit mehr Arbeitslosen steigt auch der Betreuungsaufwand. Aufgrund der günstigen Situation am Arbeitsmarkt im vergangenen Jahr wurden die AMS-Mittel gekürzt – müssten diese nicht umgekehrt jetzt massiv aufgestockt werden?

Ein Gebot der Stunde! Es ist dringend notwendig, die schon zugesagten 500 zusätzlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter



"Ein höheres Arbeitslosengeld hilft nicht nur den Betroffenen, sondern bringt auch die Konsumnachfrage in Schwung", so Reischl.

aufzunehmen, um rascher die Kurzarbeitsanträge behandeln zu können. Wir sind
jetzt noch immer in der Verhandlung mit
der Regierung um die Verlängerung der
Kurzarbeit – wir haben ja vereinbart, am
legendären Freitag, den 13., in einer Verhandlung, die sehr rasch erfolgen musste:
drei Monate plus drei Monate Kurzarbeit,
und jetzt haben wir die entsprechende Verlängerung vereinbart.

Ziel der Regierung ist es aber, dass die Kurzarbeit günstiger werden muss ...

Das sehen wir auch so. Wobei von der Bundesregierung mittlerweile zwölf Milliarden Euro dafür budgetiert wurden, zu Beginn haben wir für 400 Millionen Euro gekämpft. Die Regierung hat Angst, dass dafür einfach zu viel Geld ausgegeben wird. Wir sehen aber jetzt: In den Betrieben wird

erst einmal langsam hochgefahren. Für viele Unternehmer war es ja nicht absehbar, wie der Verlauf dieser Corona-Krise sein wird. Und das hat dazu geführt, dass viele Unternehmen für zehn Prozent Arbeitszeit

> "Es braucht etwas Vergleichbares wie die 'Aktion 20.000'."

> > Ingrid Reischl

angesucht haben, und tatsächlich zeigt sich aber, dass die Firmen jetzt sukzessive hochfahren. Wir sind überzeugt, dass wir die zehn Milliarden Euro vielleicht brauchen werden, aber nicht für die ersten drei Monate, sondern wir rechnen: Bis zum Jahres-

ende wird das Geld reichen. Auch in der Krise 2008/09 haben wir lediglich 30 bis 40 Prozent der budgetierten Mittel tatsächlich verbraucht.

Bleiben wir noch kurz bei der Arbeitslosigkeit: Wir haben ja schon vor der Krise ein recht großes Problem gehabt bei Langzeitarbeitslosen über fünfzig. Wie kann man diesen Menschen helfen, nach der Krise wieder irgendwie in das Erwerbsleben zurückzukehren?

Es braucht etwas Vergleichbares wie die "Aktion 20.000". Wir haben aber zwei Problemgruppen: Das eine sind die Jungen, die jetzt in eine schwierige Zukunft schauen, mit einer Arbeitslosenrate über neun Prozent, und wir haben die Älteren. Für beide Gruppen wird es spezielle Programme brauchen. Für die Jugendlichen muss es

IM GESPRÄCH



"Wir werden eine Verteilungsdiskussion bekommen, die sich gewaschen hat." Reischl drängt darauf, dass die Kosten der Krise gerecht verteilt werden – und auch Reiche zur Kassa gebeten werden.

Die Regierung davor war ja gerade dabei, unser Gesundheitssystem kaputtzumachen. Wir haben schon vor der Corona-Krise die ersten Auswirkungen gemerkt: Diese neue fusionierte Österreichische Gesundheitskasse ist plötzlich dagestanden mit einem angekündigten Verlust von 1,7 Milliarden Euro statt der versprochenen Patientenmilliarde.

Ich bin auch sehr froh, dass man der Empfehlung des Rechnungshofs noch nicht Folge geleistet hat, die Spitalsbetten drastisch zu reduzieren. Ich hoffe wirklich, dass wir darauf jetzt einen anderen Blick haben. Es wurde zudem noch befürchtet, dass auf die Sozialversicherungsreform Privatisierungen folgen werden, und ich hoffe, dass diese Diskussion jetzt endgültig vorbei ist.

Diskussion jetzt endgültig vorbei ist.

Ein großes Dilemma haben wir im Pflegebereich. Meine demenzkranke 90-jährige Oma ist jetzt von der 24-Stunden-Betreuung zu Hause in ein Pflegeheim gekommen. Es geht ihr halbwegs gut, aber so geht es jetzt wahrscheinlich vielen anderen Omas und Opas. Was braucht unser Pflegesys-

tem jetzt?

Wir haben vorhin über die hohe Anzahl von Arbeitslosen gesprochen. Ja und dann holen wir mit Flugzeugen und Sonderzügen kostengünstige Pflegekräfte aus dem Ausland. Also ich denke, da wird es jetzt wirklich Zeit, in der Pflege attraktive Arbeitsplätze zu schaffen, damit Menschen diesen Job auch ausüben wollen. Und dazu muss natürlich auch einfach die Bezahlung passen. Hier kann man wirklich viele gute Jobs schaffen.

um Qualifikation gehen, und es wird auch darum gehen, die überbetrieblichen Ausbildungsmodelle, etwa in der Lehre, wieder hochzufahren.

Eine gewichtige Rolle spielt auch die Betreuungssituation von Kindern. Die Schulen wurden wieder geöffnet – aber bis zu den Ferien bleiben ungefähr 15 Schultage übrig. Viele Eltern haben schon ihren Urlaub aufgebraucht, was besonders die Mütter betrifft. Wie kann es da weitergehen?

Also das ist wirklich eine große Herausforderung. Man sieht, die Frauen sind die großen Verliererinnen in der Krise, mit – wenn überhaupt möglich – Homeoffice und nebenbei Homeschooling. Die Sonderbetreuungszeit, die von der Regierung eingeführt wurde – zwei Drittel der Personalkosten

müssen die Unternehmer selbst zahlen – wurde wenig in Anspruch genommen. Übrig geblieben sind die Frauen.

Unsere ÖGB-Frauen fordern deshalb eine Kinderbetreuung für die Ferien. Das würde übrigens auch Arbeitsplätze schaffen, nämlich für die Betreuungspersonen, und so etwas ist unbedingt notwendig. Sie sagen es richtig: Der Urlaub ist oft schon aufgebraucht – ja was sollen denn die Eltern mit den Kindern machen?

Schauen wir mal auf unser Gesundheitssystem, das jetzt ordentlich auf dem Prüfstand gestanden ist. Sie waren ja früher Obfrau der Wiener Gebietskrankenkasse: Was kann man aus der Krise lernen, was die Bedeutung unseres öffentlichen Gesundheitssystems betrifft?

"Wir werden neue Modelle brauchen, wie wir Menschen unterstützen."

Ingrid Reischl



Die Regierung hat angekündigt, die Pflegekrise zu lösen. Jetzt wäre wirklich der geeignete Zeitpunkt dafür.

Wenn wir aus der Krise etwas lernen möchten – was sind Punkte, wo wir unseren Sozialstaat ausbauen oder nachschärfen sollten?

Das Wichtigste ist, glaube ich, die Arbeitslosenversicherung. Das zeigt sich jetzt. Arbeitslosenversicherung und Notstandshilfe ausbauen und nicht, wie vor allem von der türkis-blauen Regierung angedacht, den Bereich niederfahren. Das ist eigentlich das Dringlichste neben den Gesundheitsmaßnahmen.

Es fehlt wahnsinnig viel Geld. Die Sozialversicherungsbeiträge brechen ein, erstens sind sie großzügig gestundet worden,

und zweitens reduzieren sie sich durch niedrigere Einkommen aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit beziehungsweise der Kurzarbeit. Das heißt, es wird notwendig sein, den Gesundheitssektor finanziell entsprechend auszugestalten. Und wir werden neue Modelle brauchen, wie wir Menschen unterstützen.

Ich glaube, man muss auch über die Mindestsicherung reden. Man hört, es werden viele Menschen in die Mindestsicherung fallen, und auch hier sollten Verbesserungen finanzieller Art gesetzt werden. Denn all das bringt Konsumnachfrage, und genau diese Nachfrage brauchen wir jetzt.

Wir hören es ständig von der Politik und in den Medien: Die Krise kostet wahnsinnig viel Geld, weit mehr als die Wirtschafts-

und Finanzkrise 2008/09, die überwiegend von den "kleinen Leuten" bezahlt wurde. Wer soll diesmal bezahlen?

Wir werden eine Verteilungsdiskussion bekommen, die sich gewaschen hat, und es ist ganz logisch, dass die "kleinen Leute" diese Krise nicht bezahlen werden können.

Woran denken Sie? Reichensteuern, Solidaritätsabgaben?

Das sind die ersten Ideen, wie man auch die, die jetzt noch Geld haben, zur Kasse bittet. Als ÖGB haben wir einen Beschluss für eine Vermögenssteuer ab einem Freibetrag von 700.000 Euro. Es wäre mir jedes Mittel recht, um von oben zu holen.

Ob das jetzt mehrere befristete Maßnahmen wären, um die Krise ein bisschen zu bezahlen, ja, das ist mir völlig egal. Es kann nur nicht so sein, dass diejenigen, die wir jetzt vielleicht als Heldinnen feiern, dann diejenigen sind, die die Krise bezahlen.



& ONLINE

Das ausführliche Interview als Video finden Sie unter

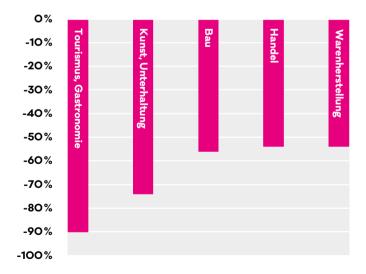
www.arbeit-wirtschaft.at/interviews

Arbeitsmarkt: Der Einsturz

Unser Arbeitsmarkt unterlag schon vor der Corona-Krise einem starken Wandel, die jetzigen Verwerfungen drohen gewaltig zu werden. In den vergangenen 40 Jahren haben sich Arbeitsprozesse massiv beschleunigt und verdichtet, unsere Einkommen samt Stabilität der Arbeitsplätze haben sich gespalten – mit Folgen, die sich auch und gerade jetzt in der Krise dramatisch auswirken.

Rückgang Beschäftigungsstand:

Arbeitsplatzverluste und Kurzarbeit summiert



Wer mehr hat, muss mehr zahlen – und nicht umgekehrt. **TEXT** VERONIKA BOHRN MENA

ur wenige Wochen des Shutdowns haben gereicht, um das Leben vieler Menschen gehörig auf den Kopf zu stellen und neue Arbeitsmarktrealitäten zu schaffen, die uns vor gravierende Herausforderungen stellen. Fast zwei Millionen Erwerbstätige sind in Kurzarbeit oder erwerbsarbeitslos, das entspricht fast der Hälfte aller Beschäftigten in Österreich. Nachdem in der ersten strengen Phase der Betriebsschließungen zur Eindämmung des Coronavirus Ende März die Erwerbsarbeitslosigkeit auf ein Rekordniveau von rund 563.000 Menschen angestiegen war, erhöhten sich die Arbeitslosenzahlen zunächst weiter. Ab Mitte April beruhigte sich die Lage jedoch wieder, und der Anstieg kam zum Stillstand. Gegenüber dem Vorjahr belief sich der Anstieg Ende April nichtsdestotrotz auf rund 58 Prozent.

Ein noch höherer Anstieg der Arbeitslosigkeit konnte nur durch die von den Sozialpartnern verhandelte COVID-19-Kurzarbeit verhindert werden. Gemessen am Beschäftigungsstand Ende April waren im Beherbergungs- und Gaststättenwesen die meisten Beschäftigten mit ganzen 83 Prozent zur Kurzarbeit angemeldet, im Bereich Kunst, Unterhaltung und Erholung 70 Prozent und im Bauwesen 53 Prozent. Addiert man Arbeitsplatzverluste und Beschäftigte in Kurzarbeit, so betrug der Rückgang des Beschäftigungsstandes insgesamt ganze 90 Prozent bei den Beschäftigten im

Tourismus, 74 Prozent im Bereich Kunst, Unterhaltung und Erholung und zwischen 54 und 56 Prozent in der Warenherstellung, dem Handel und dem Bau. In der Gesamtwirtschaft wurden allein im Mai durchschnittlich 39 Prozent aller Beschäftigten zur Kurzarbeit angemeldet.

Junge und Arbeiter*innen am stärksten betroffen

Da der österreichische Arbeitsmarkt schon vor dieser furchtbaren Krise gespalten war, erfasst diese bei Weitem nicht alle gleich. Männer und Frauen sind zwar in ungefähr gleichem Ausmaß vom Verlust ihrer Arbeit betroffen, unter den Frauen haben allerdings wesentlich mehr Akademikerinnen ihren Job verloren. Bei den unter 25-Jährigen sank die Beschäftigung mit einem Minus von 8,8 Prozent am stärksten, besonders deutlich zeigt sich dieser Beschäftigungsrückgang zudem auch bei ausländischen Beschäftigten und jenen mit Migrationsgeschichte. Und auch die Art der Beschäftigung und die Form des Arbeitsvertrages haben ihren Einfluss bewiesen.

Neun von zehn der verloren gegangenen Jobs entfallen auf Arbeiterinnen und Arbeiter, auch weil für sie bis 2021 noch ein deutlich schwächerer Kündigungsschutz gilt. So beträgt die Kündigungsfrist für Angestellte meist drei Monate, mit nur wenigen Kündigungsterminen pro Jahr, während Arbeiter*innen innerhalb von zwei Wochen an jedem beliebigen Wochentag gekündigt werden können, außer ihr Kollektivvertrag regelt es besser. Der stärkere Kündigungsschutz von Angestellten in Kombination mit der Kurzarbeit hat viele von ihnen vor diesem Schlag bewahrt.

Zeitarbeitskräfte, die zwar auch zur Kurzarbeit hätten angemeldet werden können, wurden hingegen viel zu oft umgehend wieder zu ihren Arbeitskräfteüberlassern zurück und von diesen weiter zum AMS geschickt. Die Kluft zwischen den Beschäftigten mit sicheren, unbefristeten und anständig bezahlten Jobs und der sogenannten "Randbelegschaft" vertieft sich so noch weiter. Dass es durch Schließungen im Rahmen der Krise zu einer weiteren Verschärfung der Ungleichheit kommen würde, war zwar absehbar – aber gerecht ist es nicht. Noch weniger, dass die einen keine Arbeit mehr haben, während die anderen viel zu viel Arbeit leisten müssen, um sie in der ihnen vorgeschriebenen Arbeitszeit bewältigen zu können.

Von Arbeit muss man leben können

Die ungleiche Verteilung von Arbeit und ihren Früchten und die Finanzierung der Maßnahmen gegen die Krise formen folglich das zentrale Thema der Zukunft. Wenn große Konzerne wie Nestlé & Co durch die Krise ihre obszönen Gewinne auf Kosten der Allgemeinheit noch weiter steigern können, dann kommen wir nicht daran vorbei, auch von ihnen einen Beitrag einzufordern. Im 21. Jahr-

DREI MASSNAHMEN, DIE WIR BRAUCHEN

1/Höheres Arbeitslosengeld

In der derzeitigen Arbeitsmarktsituation, in der rund zehn Bewerber*innen auf nur eine freie Stelle kommen, ist es kaum möglich, wieder einen Job zu finden. Aktuell erhalten Arbeitslose nur 55 Prozent ihres letzten täglichen Nettoeinkommens für eine zeitlich begrenzte Bezugsdauer von rund sechs Monaten. Doch wenn so viele Menschen auf Dauer fast um die Hälfte weniger Geld zur Verfügung haben, dann kaufen diese auch nur noch das Nötigste ein. Und so werden sehr viele von uns dem Wunsch der Wirtschaftsministerin, nämlich österreichische Produkte zu konsumieren und in Österreich Urlaub zu machen, um die Wirtschaft anzukurbeln, wohl eher nicht nachkommen können.

2 / Ausbildungsgarantie

Bis 18 müssen für alle erfolglos Lehrstellensuchenden Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen werden. Dafür sollte das Angebot an überbetrieblichen Lehrausbildungsplätzen zumindest verdoppelt werden. Schließlich sind junge Beschäftigte als Erste und besonders stark von der Krise betroffen, und die Jugendarbeitslosigkeit ist auf einem historischen Rekordniveau.

3 / Schöne Worte und Applaus machen nicht satt

Anerkennung allein reicht nicht aus, um die ungleiche Verteilung beruflicher und vermeintlich privater Sorgearbeit abzugelten. Es braucht dringend eine materielle Aufwertung unbezahlter oder schlecht bezahlter, systemerhaltender Tätigkeiten und eine grundlegende Neustrukturierung der ungleichen Arbeitsteilung. Der Corona-Tausender für die Held*innen der Krise ist das Mindeste, was ihnen zusteht!

hundert sollten wir endlich anerkennen, dass die Wirtschaft unserem Leben dient – und nicht unser Leben der Wirtschaft. Das heißt, dass diejenigen, die Arbeit erbringen, auch gut davon leben können müssen und die Finanzierung der allgemeinen Infrastruktur durch alle zu erfolgen hat. Wer mehr hat, muss mehr zahlen – und nicht umgekehrt. Alles andere ist völlig überholt und schadet uns allen.

AUF EINEN BLICK Bruttoinlandsprodukt 4% 2% 0% -2% -4% -6% -8% 2019 2020 2021 2023 2024 Österreich Österreich (pessimistisch) Euro-Raum Wirtschaftsbereiche Rückgang der Wertschöpfung -30% -25% -20% -15% -10% -5% O% Beherbergung und Gastronomie Kunst und Kultur Herstellung von Waren Land- und

Forstwirtschaft

Verkehr

Illustrationen: Miriam Mone, Infografiken: Thomas Jarmer

Prognosen

Das Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO)
hat Anfang Mai Prognosen zur
Wirtschaftsentwicklung Österreichs von
2020 bis 2024 veröffentlicht. Berechnet hat
das WIFO das Modell einer Hauptvariante
und ein sogenanntes pessimistisches
Szenario. Optimismus verbreitet

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP), also der Indikator zur Wirtschaftsleistung des Landes, zeigt für heuer, das Jahr der Corona-Krise: Rezession. Die Wirtschaft schrumpft – und zwar so stark wie nie zuvor. Das WIFO geht von einem Rückgang der Wirtschaftsleistung von 5,2 Prozent bis (in der pessimistischen Berechnung) 7,5 Prozent aus und bewegt sich damit parallel zur Prognose des Euro-Raums.



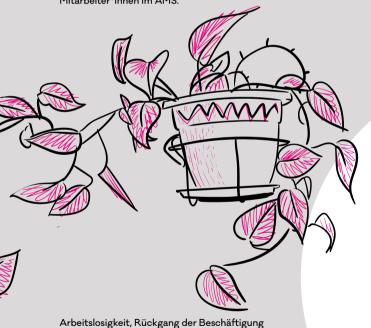
Einen **Rückgang** verzeichnen fast alle Wirtschaftsbereiche, wenn auch unterschiedlich stark. Zwei Balken schlagen besonders negativ aus: Gastgewerbe, Gastronomie und Hotellerie – erklärbar durch geschlossene Hotels und Restaurants – und Kunst, Kultur und Unterhaltung. Selbst nach Lockerungen ist der Normalbetrieb weit entfernt.

zur Krise...

die Hauptvariante allerdings auch nicht gerade. Und beiden Szenarien liegt zugrunde: Es wird davon ausgegangen, dass das Virus unter Kontrolle bleibt. Eine zweite Welle, ein zweiter Shutdown mit all seinen Folgen und Unwägbarkeiten, ist darin nicht berücksichtigt.

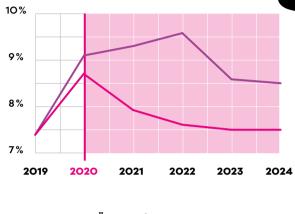
Im pessimistischen Szenario des WIFO ist, über das Jahr gerechnet, 2020 jede*r Zehnte arbeitslos – Kurzarbeit wird dabei nicht berücksichtigt, da es sich dabei ja um aufrechte Dienstverhältnisse handelt.

Derzeit ist etwa die Hälfte aller Erwerbstätigen arbeitslos oder in Kurzarbeit. Deshalb braucht es ein höheres Arbeitslosengeld und mehr Mitarbeiter*innen im AMS.



und die damit einhergehenden Einkommensverluste treffen den Staat doppelt:
Auf der einen Seite trägt der Staat die Kosten für Arbeitslosenversicherung und Kurzarbeit – auf der anderen Seite bedeuten die sinkenden Lohn- und Gehaltssummen fehlende Einnahmen für den Staat aus z. B. Lohnsteuern und Sozialversicherungsbeiträgen.

Arbeitslosigkeit



— Österreich — Österreich (pessimistisch)

Lohn- und Gehaltssumme



Der doppelte Schock – was jetzt?

Die Corona-Krise ist in Österreich angekommen. Wir müssen mit einer schweren Rezession rechnen. Die Regierung wird gigantische Budgetdefizite in Kauf nehmen müssen, um eine Pleitewelle zu verhindern. Wer sicher nicht dafür bezahlen darf: wieder allein die einfachen Leute.



ROBERT MISIK

JOURNALIST,

AUSSTELLUNGSMACHER

UND BUCHAUTOR

Jüngste Buchveröffentlichung:

"Die falschen Freunde der einfachen

Leute" (Suhrkamp Verlag, 2020).

Er kuratierte die Ausstellung "Arbeit ist

unsichtbar" am Museum Arbeitswelt in

Steyr. Für seine publizistische Tätigkeit

wurde er mit dem Staatspreis für Kultur
publizistik ausgezeichnet, 2019 erhielt

er den Preis für Wirtschaftspublizistik

der John Maynard Keynes

Gesellschaft.

sterreich, am 16. März: Geschäfte schließen vollständig, alles außer die kritische Infrastruktur. Auch das sonstige Wirtschaftsleben wird auf ein Minimum heruntergefahren. Im Tourismus brechen die Einnahmen völlig weg, in der Gastronomie ebenfalls, und in vielen Branchen stehen Freelancer, Ein-Personen-Unternehmer*innen, Künstler*innen, Bühnenpersonal und unzählige mehr von einem Tag auf den anderen ohne jedes Einkommen da. Auch beinahe drei Monate danach hat sich daran nicht so viel geändert. Viele Branchen stehen noch immer still, andere arbeiten mit halben Kapazitäten. Die ökonomischen Folgen der Corona-Krise haben eine bisher nie dagewesene Dimension.

Einiges können wir von bisherigen Krisen lernen, aber eben auch nicht besonders viel. Denn diese Lage ist völlig anders.

Zunächst einmal hat diese Wirtschaftskrise keine ökonomischen Ursachen, die Ursache ist, wie wir alle wissen, eine außerökonomische – nämlich eine Pandemie. Im Fachjargon der Ökonomie

spricht man in so einem Fall von einem exogenen Schock.

Die ersten Wellen dieses exogenen Schocks erreichten uns schon zu Jahresbeginn. Durch die Ausbreitung des Virus in China und die dortigen Quarantänemaßnahmen lagen Fabriken still, und viele Güter – oft Vorprodukte für Unternehmen bei uns – wurden nicht mehr produziert. Auch die Cargo-Schiffe mit ihren Hunderttausenden Containern lagen in den Häfen fest.

Angebots- und Nachfrageschock

Ökonomen sprechen in diesem Fall von einem "Angebotsschock", weil nicht die Nachfrage nach Gütern fällt, sondern das Angebot von Gütern. Wir haben aber zugleich auch einen "Nachfrageschock", weil durch die Gesundheitskrise, die Verunsicherung der Bevölkerung, die Quarantänemaßnahmen und die Einkommensausfälle die Menschen nicht mehr einkaufen können oder es nicht mehr im gewohnten Maße tun.



Dies unterscheidet sich von allen Krisen, mit denen wir in den vergangenen Jahrzehnten konfrontiert waren. Diese waren meist einfache konjunkturelle Krisen, gelegentlich ausgelöst von teils ökonomischen, teils politischen Ereignissen, wie etwa dem "Ölpreisschock" der siebziger Jahre, oder sie hatten ihren Ursprung in einer Finanzkrise wie im Jahr 2008.

Was tun?

Das Allerwichtigste in einer Situation wie dieser ist es, die Realwirtschaft und auch das Finanzsystem zu stützen, zu stabilisieren. Klassische Konjunkturspritzen, die die Wirtschaft ankurbeln, werden noch nicht wirklich wirken, da wir ja noch immer wichtige Teile der Ökonomie abgeschaltet lassen – Veranstaltungen, Festivals, Barbetriebe nach 23 Uhr, den Tourismus – und weil wir ja gar nicht wollen, dass die Menschen in Massen in die Einkaufsstraßen strömen. Das heißt, ganz simpel, dass man dafür sorgen muss, dass die Unternehmen überleben – damit sie noch existieren, wenn die Zeit für klassische Konjunkturstimu-

lierung gekommen ist. Dafür müssen die Firmen liquide gehalten, ihr Geschäftsgang möglichst stabilisiert und die Einkommen der Beschäftigten garantiert werden.

Die deutsche Bundesregierung hat in einem Notbeschluss Mittel für direkte Konjunkturmaßnahmen und indirekte Kreditgarantien für Unternehmen geschnürt, die im Endausbau beinahe 600 Milliarden Euro betragen können. "Das ist unsere Bazooka", sagte Berlins Finanzminister Olaf Scholz. Das ist eine fantastische Summe. Etwas in dieser Art hat es noch nie gegeben. Österreichs Bundesregierung hat in einer Abfolge holpriger Schritte zuerst vier Milliarden zur Verfügung gestellt, die in Form von direkten Hilfen an Unternehmen und deren Arbeitnehmer*innen gehen sollen. Wenige Tage später wurde die Summe von direkten Hilfen und Kreditgarantien auf 38 Milliarden erhöht. Aber die Pakete waren so geschnürt und derart absurd-bürokratisch administriert, dass viele Unternehmen und Freiberufler*innen gar nichts bekamen

oder das Geld bis heute nicht floss. Zuletzt wurde etwa ein Zuschuss für die Fixkosten der Unternehmen beschlossen, der wieder nicht funktioniert.

Diese Summe wird natürlich nie und nimmer ausreichen. In den Jahren 2008 und folgende stellte der Staat 15 Milliarden an Kapital und rund 100 Milliarden Garantien zur Verfügung.

Kurzarbeit und Konjunkturmaßnahmen

Das wichtigste Instrument, das haben Deutschland und Österreich während der letzten Krise vorexerziert, ist die staatliche Subvention von Kurzarbeit. Unternehmen müssen dann, wenn das Geschäft einbricht, ihre Beschäftigten nicht entlassen, sondern sie erhalten einen Teil der Löhne vom Staat. Das hilft nicht nur kurzfristig den Unternehmen und den Beschäftigten gleichermaßen, die dadurch Arbeitslosigkeit vermeiden, es ist vor allem eine Garantie dafür,



dass die Qualifikationen der Beschäftigten erhalten bleiben und es nach dem Ende der Krise schneller wieder bergauf geht. Es ist ja leicht verständlich: Die Beschäftigten arbeiten auf Sparflamme weiter, und nach der Krise kann der Regler ganz schnell wieder nach oben gedreht werden.

Aber wie bereits angedeutet, so weit sind wir noch nicht. Staatliche Konjunkturmaßnahmen, üblicherweise etwa Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, sollen in gewohnten Krisen die Auftragslage für Unternehmen stabilisieren und die Rezession bekämpfen. Das ist aber jetzt ziemlich unmöglich. Kein staatliches Konjunkturprogramm kann die Auftragslage der Unternehmen verbessern, wenn diese großflächig geschlossen sind. Und selbst

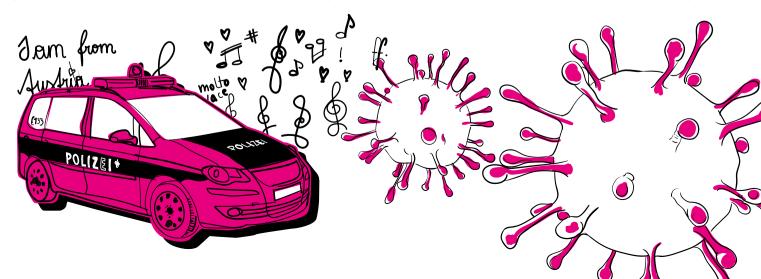
wenn die Läden nicht geschlossen wären – viele Konsument*innen würden jetzt auch gar keine Autos kaufen, weil sie andere Sorgen haben. Wirtschaftsankurbelung oder – wie die Ökonomen sagen – "Fiskal-Stimulus" wird in klassischer Form fürs Erste natürlich nicht funktionieren.

Alles, was jetzt getan wird, hat im Grunde nur ein Ziel: Massenentlassungen und Masseninsolvenzen auf Pump zu verhindern, bis die Krise wieder vorbei ist. Dabei ist vielleicht die implizite Hoffnung, dass Unternehmen danach einen Teil der Einbußen zurückholen. Das ist gar nicht völlig undenkbar: Schließlich werden jetzt Lagerbestände abgebaut, und Teile davon werden hinterher wieder aufgefüllt werden müssen. Aber grosso modo wird ein Groß-

teil dessen, was jetzt verloren wurde, nie mehr zurückkommen.

Globale Rezession

Realistischerweise müssen wir also damit rechnen, dass die globale Rezession, in die wir jetzt stürzen, schlimmer wird als nach der Finanzkrise. Wenn die Staaten massiv und mutig reagieren, werden wir Budgetdefizite haben, die wir noch gar nicht abschätzen können. Haushaltsdefizite von rund zehn Prozent werden in diesem Jahr wohl eher die Regel sein – und das ist jetzt auch nur eine grob illustrierte Größenordnung. Mit diesem Geld wird der "Blutkreislauf" der Wirtschaft aufrechterhalten, sodass alle Wirtschaftssubjekte ihren Zahlungsver-



Wer mehr hat, dem wird mehr geholfen. Die einen haben einen Arbeitsplatz zu verlieren, die anderen ein ganzes Unternehmen.

pflichtungen weiter nachkommen können. Oder simpler formuliert: Es werden die Banken gerettet, die Vermögenswerte derer, die solche Vermögenswerte besitzen, die Unternehmen und die Arbeitsplätze der Beschäftigten, die in diesen Unternehmen arbeiten. Es gibt Beschäftigte und Branchen, die jetzt besonders litten und leiden: etwa freie Dienstnehmer*innen, die gesamte Kulturund Kreativbranche, Beschäftigte in Tourismus und Gastronomie; Unternehmen, die besonders leiden: der gesamte Handel, kleine Modeläden, Restaurants. Es gibt Beschäftigte, die besonders "safe" sind (etwa im öffentlichen Dienst), und es wird Unternehmen geben, die jetzt sogar florieren (von der Medizintechnik bis zu Zustelldiensten und der Gig-Ökonomie wie etwa Mjam). Und ganz generell gilt natürlich folgende Devise: Wer mehr hat, dem wird mehr geholfen. Die einen haben einen Arbeitsplatz zu verlieren, die anderen ein ganzes Unternehmen. Werden beide "gerettet", profitiert Letzterer objektiv mehr.

Es wird sehr darauf zu achten sein, dass nicht wieder nur den Großen geholfen wird und die Kleinen hängen gelassen werden. Sonst erleben wir, was wir schon im Zuge der Finanzkrise sahen: eine weitere Konzentration, sogenannte "Marktbereinigungen", bei denen nur die Großen übrig bleiben, sogar noch aufgepäppelt mit öffentlichem Geld aus den Steuertöpfen.

Aber dann ...

Und noch eines: Irgendwann wird diese Krise vorbei sein. Und dann werden auch die Krisenkosten bezahlt werden müssen. Man braucht kein großer Prophet zu sein, um zu wissen: Im allerbesten Fall (also, falls ein Totalkollaps verhindert wird) werden wir in den nächsten Jahren die jetzt angehäuften Defizite nicht nur zurückfahren, sondern zumindest teilweise zurückzahlen müssen. Wenn sich die Staaten jetzt verschulden, dann bei Menschen oder institutionellen Anlegern, die erstens ihr Geld zurückbekommen und zweitens dafür Zinsen erhalten. Bei den gegenwärtigen Zinssätzen werden das zwar keine astronomischen Summen sein, aber auch das ist nicht zu vernachlässigen.

Dass Vermögende an der Krise noch verdienen, während man gleichzeitig ihre Vermögen mit Steuergeld rettet – das ist zwar nicht zu verhindern. Aber man sollte sich zumindest Teile der Gewinne dann wenigstens hinterher durch Steuern auch zurückholen. Gerade eine von einer konservativen ÖVP geführte Regierung wird dann aber

wohl alles tun, dass die normalen Beschäftigten die Krisenkosten zahlen, einerseits in Form ihrer Steuerzahlungen, andererseits in Form von Kürzungen, querbeet durch alle Budgetposten. Und genauso sicher können wir sein, wen ein Kanzler Sebastian Kurz ungeschoren lassen wird, wenn es allein nach ihm geht – die mächtigen Wirtschaftslobbys, die Konzerne und seine großen Gönner.

Jetzt müssen wir darauf achten, dass die Rettungsprogramme überhaupt ihren Zweck erfüllen – dass sie also funktionieren. Hier hat sich die Regierung bisher nicht durch ausgesprochene Kompetenz ausgezeichnet. Mindestens genauso stark werden wir aber darauf achten müssen, dass es bei all dem auch gerecht zugeht.





Genuss kehrt zurück – und die Arbeit?

Zehn Wochen nach Corona: Wie sieht der neue Arbeitsalltag in einem der bekanntesten Betriebe der Systemgastronomie aus? Ein Lokalaugenschein bei NORDSEE in Wien.

TEXT IRENE STEINDL

Seit 15. Mai hat die NORDSEE-Filiale auf der Kärntner Straße 25 wieder geöffnet. nmitten beliebter Tourismus-Hotspots, zwischen der Wiener Oper und dem Stephansplatz, liegt die NORDSEE-Filiale Kärntner Straße. Die Betriebsratsvorsitzende Eva Eberhart streicht mit einem Finger über die Glasvitrine am Snackfenster. "Hier bitte noch reinigen", sagt sie zu dem jungen Mitarbeiter, der gerade Backfisch-Baguettes in die Auslage schlichtet. Dann klingelt das Telefon, Eva nimmt den Mundschutz ab, setzt sich in den Schanigarten und vereinbart Termine, während ein Mitarbeiter die großen Sonnenschirme mit dem roten Fischlogo aufspannt. Es ist mehr ein symbolischer Akt, einer, der signalisieren soll: Kommt! Wir sind wieder für euch da! Oder: "Der Genuss ist zurück!", wie das Unternehmen verkündet. Doch die Tische bleiben großteils leer, drinnen wie draußen.



"Bei dem Einkommen – wie sollen sich die Kolleg*innen Geld für risikoreiche Zeiten zur Seite legen?"

Eva Eberhart, Betriebsratsvorsitzende



"Hier in der Kärntner Straße habe ich vor 15 Jahren als stellvertretende Filialleiterin begonnen", erzählt Eva. "Mein Mann hat gesagt: Du kaufst hier dreimal in der Woche ein, das wird ganz schön teuer. Möchtest du nicht gleich hier arbeiten?" Seit elf Jahren ist sie Betriebsrätin, seit sechs Jahren Vorsitzende.

"Es ist traurig", seufzt sie und deutet auf die unbelebte Straße, die solche Zeiten noch nicht erlebt hat. "Normalerweise haben wir sehr viele Kund*innen am Tag, vor allem Tourist*innen. Jetzt kommt nur ein Bruchtteil." Der Tourismus ist eingebrochen. Wer sich jetzt ein Backfisch-Baguette mit Remouladensauce oder Fish and Chips einpacken lässt, ist entweder Stammgast oder sucht nach Abwechslung zum Social Distancing. "Die meisten aber haben kein Geld, um essen zu gehen. Oder sind verunsichert, haben Angst vor Ansteckung und kochen zu Hause", so Eva.

Kurzarbeit auf null Prozent

Als am 16. März alle 32 NORDSEE-Filialen österreichweit schließen mussten, war die Kündigung von 250 Mitarbeiter*innen nur einen Knopfdruck entfernt. "Ich hab' sofort den Andi von der Gewerkschaft vida angerufen, um das Vorgehen zu beraten. Andreas hat jede unserer Fragen professionell beantwortet, er war rund um die Uhr für uns da und hat die Geschäftsführung überzeugt, gemeinsam ein Kurzarbeitsmodell auszuarbeiten." NORDSEE hat sich für die Variante 0/90 entschieden: null Prozent Arbeit bei 90 Prozent Lohnausgleich für Beschäftigte mit einem Bruttolohn bis 1.700 Euro. Das betrifft die meisten der 366 Mitarbeiter*innen.

Die Löhne in der Systemgastronomie sind niedrig. 1.540 Euro beträgt ein Bruttolohn für 40 Stunden, hinzu kommen Zuschläge für Arbeiten am Wochenende und an Feiertagen. Die meisten Mitarbeiter*innen sind Frauen, vorwiegend mit Migrationshintergrund – aus Bangladesch, Afghanistan, aus der Türkei. "Bei dem



Gemeinsam mit der Gewerkschaft vida hat Eva Eberhart ein Kurzarbeitsmodell für die 366 Beschäftigten ausgearbeitet.

Einkommen – wie sollen sich die Kolleginnen Geld für risikoreiche Zeiten zur Seite legen?" Einige seien allein erziehend, die Ex-Partner können wegen Arbeitslosigkeit die Alimente nicht zahlen. Jetzt stehen sie allein da und wissen nicht, wie sie über die Runden kommen. "Manche konnten sich keine Laptops für ihre Kinder leisten", erzählt Eva. Corona habe gezeigt, wie dringend es 1.700 Euro Mindestlohn braucht. Und mindestens ein arbeitsfreies Wochenende im Monat.

Alle 30 Minuten Hände waschen

Seit der Wiedereröffnung der Filiale am 15. Mai herrschen verschärfte Hygienemaßnahmen: Alle 30 Minuten müssen die Beschäftigten Hände waschen. Alle zwei Stunden werden die Tische desinfiziert – und nach jedem Gast. Auf jedem zweiten Sitzplatz weist ein Zettel darauf hin, dass dieser Platz aus Sicherheitsgründen frei bleiben muss. Ein Kunde betritt das Restaurant und schaut sich nach einem geeigneten Sitzplatz um. "So wie dieser Herr tragen viele keine Maske, wenn sie ins Restaurant gehen. Wo bleibt hier der Arbeitnehmer*innenschutz?", fragt Eva. "Manche gehen, wenn wir sie auf die Maskenpflicht hinweisen. Die denken sich: 'Dann eben nicht!"

"Ich brauch' die Leute!"

Während ein Mitarbeiter den Boden wischt, richtet Lisa Scholle vom Grill mit Erdäpfeln an. Sie ist im dritten Lehrjahr und steht kurz vor der Lehrabschlussprüfung. "Die Kärntner Straße ist meine liebste Filiale, weil hier so viel los ist. Ich liebe es, mit Leuten zu re-



Lisa ist froh, wieder unter Leuten zu sein. Das Homeschooling für die Lehrabschlussprüfung war anstrengend.



Auch am Wiener Naschmarkt kommt das Geschäft nur langsam in die Gänge. Bald soll das Sortiment wieder aufgestockt werden.

den." Lisa will selbst einmal eine Filiale von NORDSEE führen, deswegen legt sie sich jetzt ins Zeug: Marketing, Rechnungswesen, Einkauf und Rezepturen lernen. "Da muss man alles ganz genau wissen: Wie viel Lollo verde ins Brötchen kommt, wie viel Zwiebel, Gurke, Tomate und natürlich die Hauptkomponente Fisch."

Die Berufsschule, die sie sonst einmal wöchentlich besucht, hat bis Ende Mai auf Online-Unterricht umgestellt. "Die ersten zwei Wochen zu Hause waren wie Urlaub. Aber dann ist es mühsam geworden. Ich brauch' die Leute!"

Am Naschmarkt – die älteste Filiale Österreichs

Zehn Gehminuten von der Kärntner Straße entfernt, am Wiener Naschmarkt, liegt die älteste NORDSEE-Filiale Österreichs. Die späte Mittagssonne brennt mittlerweile auf den Asphalt, das angenehme Wien-Lüftlein lässt heute aus. Nur wenige Leute schlendern durch die engen Gassen zwischen den Marktständen. "Heute waren erst wenige Gäste da, und es ist schon 14 Uhr", erzählt Harald Prerost, Filialleiter und Betriebsrat. Am Naschmarkt sind elf Kolleg*innen beschäftigt. Momentan arbeiten zwei bis drei

Was es dringend braucht?
Gäste. Viele Gäste!
Das geht nur, wenn die
Grenzen für den Tourismus
wieder geöffnet sind.



Als Filialleiter und Betriebsrat achtet Harald Prerost auf den Gesundheitsschutz seiner Kolleg*innen.

pro Schicht, drei Tage die Woche. Auch sie wollen vor allem eines: arbeiten. Mitarbeiter Emmanuel nimmt zwei Schollenfilets vom Tablett, legt sie auf die Waage und verpackt sie. Er arbeitet als 40-Stunden-Kraft momentan nur 16 Stunden. Dennoch ist er positiv gestimmt. "Die Leute beginnen langsam, mehr rauszugehen, wieder einzukaufen. Ich hoffe, dass es bald wieder normal sein wird."

Zurück in die Normalität

"Wir versuchen, Kosten zu sparen. Das heißt: keine Fremdfirmen, die Reinigung machen wir selbst", so Eva Eberhart. Die Stundung der Miete helfe, um über die Runden zu kommen. "Aber Stundung heißt ja nur, dass die Kosten später gezahlt werden müssen. Wie soll das gehen?" Was es dringend braucht? Gäste. Viele Gäste! Das geht nur, wenn die Grenzen für den Tourismus wieder geöffnet sind. Aber was, wenn eine zweite Corona-Welle kommt?

Alle hier freuen sich jetzt auf das, was sie als "Normalität" kennen. Bis dahin dauere es noch, aber Eva Eberhart ist zuversichtlich: "NORDSEE hat zwei Weltkriege überstanden – wir werden auch Corona überstehen."



Täglich neue Hintergründe, Fakten & Positionen

Wolfgang Greif

Leiter der Bildungsabteilung in der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp)



Zusammengefasst von Anja Melzer

Was nach Corona für ein Revival der Gewerkschaften spricht

Die Corona-Pandemie kann neoliberale Dogmen ins Wanken bringen. Das darf im anstehenden Wiederaufbauprozess nicht ohne Wirkung für Gewerkschaften bleiben. Sie müssen sich als Lotsen der Gerechtigkeit einmischen. Auch wenn gewerkschaftliche Gegenmacht "virusbedingt" bis heute stark eingeschränkt ist: Notverordnungen und Versammlungsverbot schränkten das Handeln ein. Trotz alldem: Mitbestimmung mit starken Betriebsräten und Gewerkschaften wird gerade auch nach der Krise notwendig sein.

Auch verteilungspolitisch klar Position beziehen

In der Post-Corona-Zeit wird es heftige Verteilungsdebatten geben. Und es wird gewaltige Konjunkturpakete brauchen. Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der "Held*innen" kostet Geld, ebenso wie die Stabilisierung des Arbeitsmarktes und die notwendige Stützung der Wirtschaft von den KMUs bis hin zu nationalen Flaggschiffen. Eine bessere Absicherung Arbeitsloser gibt es nicht zum Nulltarif, auch nicht die Stabilisierung des Sozialstaates, genauso wenig wie den intelligenten wirtschaftlichen Wiederaufbau. Vor der verteilungspolitischen Frage, wer das alles bezahlen soll, kann sich niemand drücken. Aus Sicht der Gewerkschaft sind hier klare Kanten angesagt. Dabei wird sehr genau darauf zu achten sein, dass jahrzehntelange Austeritätsprogramme nach dem Motto "Sparen um jeden Preis" vermieden werden. Mit dem Dogma der Schuldenbremse, das nach der Finanzkrise 2008 die Politik in Europa bestimmte, wird der Wiederaufbau jedenfalls nicht zu schaffen sein. Demgegenüber wird jetzt der Ruf nach einem gerechten Beitrag all jener zur Krisenfinanzierung wieder laut, die über große Vermögen verfügen. Und das weit über Gewerkschaftskreise hinaus, für die Sonder- bzw. Krisenabgaben sowie Vermögens- und Erbschaftssteuer gerade jetzt steuerpolitisches Gebot der Stunde sind. Vielleicht bewahrheitet sich wieder einmal, dass große gesellschaftliche Korrekturen nicht ohne große Krisen oder Katastrophen zu haben sind. Wie die Welt nach Corona aussehen wird, das darf jedenfalls nicht den Regierenden und Vermögenden allein überlassen bleiben. Einmischung ist angesagt – jetzt!

So bekommen Sie alle aktuellen Beiträge direkt in Ihr Postfach. A&W-Blog abonnieren unter awblog.at/blog-abo

Glück im Unglück?

In Wiener Neudorf produziert die TSA Traktionssysteme Austria elektromechanische Antriebe für Schienen- und Straßenfahrzeuge. Der Krise zum Trotz erwartet das Unternehmen heuer einen neuen Umsatzrekord. Wie das? Wir waren vor Ort und haben bei Geschäftsführung und Betriebsrat nachgefragt.

TEXT MICHAEL MAZOHL

s wirkt schon beinahe ungewöhnlich harmonisch. Geschäftsführer, Angestellten- und Arbeiterbetriebsrat, Lehrlingsausbilder, sie alle sitzen an einem langen Tisch, natürlich unter Wahrung der Sicherheitsabstände. Gedämpft dringt ein Pochen aus der riesigen Werkshalle in den für vier Personen überdimensionierten Raum. Diese vier Herren reflektieren die vergangenen Wochen. "Wir haben einfach Glück gehabt", sagt Günther Eichhübl. Es ist ein Satz, den man so in dieser Wirtschaftskrise nicht erwartet hätte. Sein Kollege Karl Ricker stimmt zu: "Vielleicht würde es anders aussehen, wenn wir einen Corona-Fall gehabt hätten, mit einer behördlichen Schließung." Eichhübl nickt: "Es wird aber schon auch an den Maßnahmen liegen, die wir gesetzt haben."

Eichhübl, 60, ist einer der beiden Geschäftsführer der TSA. Der ruhige Jurist war bis vor Kurzem noch – nach einem Management-Buyout – Miteigentümer, aber er hat seine Anteile im Frühjahr verkauft. Bis Juni 2021 bleibt er noch in seiner derzeitigen Posi-



Angestelltenbetriebsrat Brandstetter, Arbeiterbetriebsrat Ricker (links unten) und Geschäftsführer Eichhübl leben die Sozialpartnerschaft im Unternehmen.



tion. Er ist ein besonderer Chef, ein offener Typ, einer, der seinem Gegenüber stets Augenhöhe bietet. Und er selbst war es, der die Arbeit&Wirtschaft, immerhin ein Medium der Arbeitnehmer*innenseite, als Chef in sein Unternehmen eingeladen hat. Und der sofort die Betriebsräte dazugeholt hat.

Mit am kargen, extra lang zusammengestellten Besprechungstisch, zwischen einer Armada aus Mineralwasserflaschen, sitzt auch Walter Brandstetter, im blütenweißen Hemd mit Sakko, wie es sich für den Angestelltenbetriebsrat gehört. "Ich habe hier meine Lehre gemacht und bin seit 1979 durchgehend an diesem Standort", erzählt er. "Geändert haben sich eigentlich nur die Namen und die Eigentümer." Karl Ricker, freigestellter Arbeiterbetriebsrat, kann da noch nicht ganz mithalten: "Ich bin erst seit 1989 hier", schmunzelt er. Die beiden kennen jeden Zentimeter, jede Kennzahl des Betriebs, die Beschäftigten sowieso.

"Ich halte die gelebte Sozialpartnerschaft im Betrieb für drastisch unterschätzt. Gemeinsam kann man so viel mehr erreichen."

Günther Eichhübl, Geschäftsführer TSA

Heute arbeiten 380 Mitarbeiter*innen und 18 Leiharbeiter*innen bei TSA in Wiener Neudorf. Arbeiter*innen und Angestellte halten sich etwa die Waage, etwa 100 sind im Bereich Planung, Vertrieb und Administration beschäftigt. "Wir haben sehr viel in unser Employer-Branding investiert, weil wir gute Leute brauchen und suchen, und natürlich bilden wir sie auch selbst aus", sagt Eichhübl. Und man hört dabei den Stolz in seiner Stimme. Er selbst präsentiert seinen Werdegang offen im Internet, in einem Video auf der Berufsorientierungsplattform whatchado. Denn er hat auch viel zu erzählen: Zum Unternehmen gehört ein Werk im bosnischen Tuzla mit 180 Mitarbeiter*innen, ein Joint-Venture in Indien und eine Vertriebsniederlassung in den USA. Der Gesamtumsatz der TSA lag im Jahr 2019 bei 111 Millionen Euro, für 2020 wird eine Steigerung auf 120 Millionen Euro erwartet.

Keine Kurzarbeit

"Auf Kurzarbeit konnten wir glücklicherweise verzichten", erklärt Karl Ricker, der Betriebsrat, und Geschäftsführer Eichhübl wirft ein: "Karl, im Gegenteil, es sind auftragsbedingt sogar Mehrstunden angefallen." Die Belegschaft sei, berichten sie, sehr glücklich gewesen. "Na ja", sagt Ricker, "Kurzarbeit bedeutet natürlich Einkommensverluste für die Betroffenen."

"Zwei Sachen haben wir allerdings schon gemacht: Beschäftigte in Risikogruppen haben wir nach Hause geschickt, auch die Lehrlinge, und etwa 100 Mitarbeiter*innen, die sonst im Büro arbeiten, waren im Homeoffice", ergänzt Geschäftsführer Eichhübl. "Wir hatten doppelt Glück: Einerseits hat unsere Zulieferkette gehalten, andererseits ist uns kein einziger Auftrag ausgefallen."

"Ja, und selbstverständlich haben wir eine Reihe von Maßnahmen an den Arbeitsplätzen gesetzt, die den Betrieb sicherstellen", ergänzt Arbeiterbetriebsrat Ricker. Dazu gehören etwa die Maskenpflicht am Arbeitsplatz, die sehr eng aneinander liegenden Plexiglasaufsätze, ein Einbahnsystem zur und durch die Kantine oder eine Erweiterung der Pausenplätze im Freien. Die große Produktionshalle, bis zur Decke durchzogen von Regalen, Hebevorrichtungen und schweren Maschinen, bietet dafür ausreichend Raum.



In Wiener Neudorf produziert die TSA elektromechanische Antriebe für Schienen- und Straßenfahrzeuge – mit Umsatzrekord 2020.

Lehrausbildung wird durchgezogen

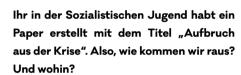
Zwölf Lehrlinge bildet die TSA gerade aus. "Wenn Sie hier eine Lehre machen, vielleicht sogar mit Matura, dann ist ihnen immer ein guter Arbeitsplatz sicher", sagt Eichhübl ganz überzeugt. Lehrlingsausbilder Manuel Langmann schließt an: "Wir haben die Lehrlingsausbildung auch im Homeoffice aufrechterhalten. Ich habe, so gut es eben geht, Übungsaufgaben gestellt." Die Lehrlingsabschlussprüfungen seien von Ende April auf Juni verschoben worden. "Darauf bereiten wir unsere Leute speziell vor."

Gelebte Sozialpartnerschaft

Die Sozialpartnerschaft im Betrieb dürfte bei TSA gut funktionieren. Darauf angesprochen, sagt Angestelltenbetriebsrat Brandstetter: "Wir sind nicht immer einer Meinung, wir streiten auch, aber wir konnten uns bis jetzt immer noch einigen." Arbeiterbetriebsrat Ricker nickt. Nach einer kurzen Pause sagt Geschäftsführer Eichhübl einen wichtigen, einen bemerkenswerten Satz: "Ich halte die gelebte Sozialpartnerschaft im Betrieb für drastisch unterschätzt. Gemeinsam kann man so viel mehr erreichen." Und man spürt, wie ernst er diese Worte meint.

Generation Lockdown

Was sagt eigentlich der Politiknachwuchs über die Krise, den Arbeitsmarkt und seine unsichere Zukunft? Wir haben zwei junge Menschen miteinander diskutieren lassen. Ein Auszug aus dem Streitgespräch politischer Gegensätze.



STICH / Wir wollen nicht zurück zu einem Status quo vor der Krise. Wir müssen die Krise nutzen, um in eine neue Zukunft aufzubrechen. Einer unserer prominentesten Vorschläge: Wir fordern das größte Beschäftigungsprogramm in der Geschichte Österreichs, eine Beschäftigungsgarantie. Niemand soll ungewollt arbeitslos sein. Es muss sichergestellt sein, dass jede*r in der Gesellschaft einen Beitrag leisten kann.

Fast 1,8 Millionen Menschen sind arbeitslos oder in Kurzarbeit – Anna, du erlebst es gerade selbst. Und da sind die vielen EPUs oder freischaffenden Künstler*innen noch gar nicht mitgezählt.

STICH / Gerade an der Corona-Krise sehen wir doch, dass der Markt nicht alles regelt. Wir müssen öffentliches Eigentum auf allen Ebenen ausbauen und Jobs schaffen durch Investitionen – in die Infrastruktur, gegen die Klimakrise, in der Pflege. Allein bis 2030 werden wir 65.000 neue Pflegekräfte brauchen. Und wir müssen endlich darüber nachdenken, wie wir Lohnarbeit fair verteilen. Ein erster Schritt wäre eine

Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden. Und dazu eben die Beschäftigungsgarantie. Wir sehen ja, die Corona-Arbeitslosigkeit ist nicht das Problem einzelner Menschen, die zu faul sind und sich keinen Job suchen, sondern ein strukturelles. Wir brauchen ein Recht auf Arbeit.

MODERATION ANJA MELZER

STÜRGKH / Ich finde es ehrlich super, wie schnell ihr reagiert habt und das Paper fertig hattet. Über ganz viele Dinge darin kann man gerne diskutieren, wenn wir eine Wirtschaft haben, die floriert, aber doch nicht in einer Krise. Unternehmen stehen am Rande ihrer Existenz oder schon weit darüber hinaus, Hunderttausende Arbeitnehmer*innen sind betroffen. Wir müssen sie so schnell wie möglich zurück in Beschäftigung bringen. Diese Krise ist de facto selbst gemacht. Warum haben wir sie? Weil wir alles zugemacht haben. Jetzt muss man einfach so schnell und gut wie möglich wieder aufmachen; das heißt: schnelle Hilfen für Unternehmen, damit Arbeitnehmer*innen wieder an ihren Arbeitsplatz zurückkehren können. Die Menschen hatten so viele gute Ideen in den letzten Wochen, wir müssen endlich Innovationen zulassen und den Leuten mehr zutrauen. Jetzt aber eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnaus-



ANNA STÜRGKH VORSITZENDE DER JUNGEN NEOS (JUNOS)

Hat Geschichte in Cambridge und an der diplomatischen Akademie studiert.
Im Moment arbeitslos.



VORSITZENDER DER SOZIALISTI-SCHEN JUGEND (SJ) Studiert nebenbei Geschichte und Deutsch auf Lehramt in Wien.

PAUL STICH

Und Rapid-Fan.



gleich zu fordern, ist echt wie Benzin ins Feuer gießen. Das ist doch genau das Problem: Die Leute sind nicht arbeitslos, weil es die Jobs nicht gibt, sondern weil sie keiner bezahlen kann. Arbeitskräfte noch teurer zu machen, wird ihnen da sicher helfen ...

STICH / Die Krise ist durch einen exogenen, äußeren Schock verursacht worden. Man sieht die Auswirkungen solcher kapitalistischen Krisen doch klar: Es beißen immer wieder die sozial Schwächeren, wie man sie nennt, obwohl sie es gar nicht sind, ins Gras, die, die am wenigsten dafür können. Wir müssen einen Weg finden, aus dem ewigen Krisenzyklus auszubrechen. Die 40-Stunden-Woche war auch vor Corona schon lange obsolet, wir haben sie seit den siebziger Jahren, damals unter Kreisky

eingeführt. Das Argument mit den teureren Arbeitskräften gab es schon immer, das haben sie 1919 auch schon gesagt, als die 48-Stunden-Woche eingeführt wurde, das ist eine alte Leier.

STÜRGKH / Paul, das haben sie in einer ganz anderen Situation gemacht!

STICH / Es macht doch wesentlich mehr Sinn, ein System zu schaffen, in dem alle Menschen einen Beitrag leisten, als 600.000 Menschen Arbeitslosengeld zu zahlen und sie von einem AMS-Kurs zum nächsten zu schicken. Warum drehen wir den Spieß nicht um und stellen sicher, dass alle einen Beitrag leisten können? Die Leute profitieren selbst – und wir als Gesellschaft auch.

"Wir als politische Jugend haben die Verantwortung, anders zu agieren als unsere Mutterorganisationen, die sich immer nur ideologisch zerstreiten, ohne sich damit zu befassen, was die anderen eigentlich sagen."

STÜRGKH / Es geht jetzt darum, erst einmal aus der Krise zu kommen. Wir müssen all den kleinen Familienunternehmen helfen, auf die Österreich so stolz ist. Denen macht es ja auch keinen Spaß, ihre Leute in Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit zu schicken. Man kann doch nicht irgendwelche Forderungen raushauen, die ideologisch vielleicht gut begründet sein mögen, aber die zu noch mehr Arbeitslosigkeit führen, das ist einfach absurd.

STICH / Aber was ist die Kurzarbeit, wenn wir uns ehrlich sind? Die Kurzarbeit ist nichts anderes als eine staatliche Arbeitszeitverkürzung. Man arbeitet weniger, bekommt einen gewissen Teil seines Gehalts, und der Staat schießt den Rest zu, um Leute nicht arbeitslos sein zu lassen. So kann man Kleinbetriebe entlasten. Wir zeigen in unserem Paper: Wenn wir im öffentlichen Sektor, also bei allem, was der Staat tatsächlich selbst in der Hand hat, die Arbeitszeit auf 35 Stunden reduzieren würden, schaffen wir damit allein fast 100.000 neue Jobs. Einfach nur dadurch, dass wir die Arbeit, die wir haben, fairer verteilen.

STÜRGKH / Das klingt auf dem Papier gut, faktisch gibt es dafür leider keine Evidenz. Wenn du Arbeitszeit verkürzt – ja, funktioniert eh –, schaffst du damit aber keine neuen Arbeitsplätze.

STICH / Da kommen wir zu dem spannenden Punkt, den ja die Marktradikalen nie so ganz wahrhaben wollen, nämlich, dass gewisse öffentliche Leistungen nicht auf Profit orientiert sein sollten. Wenn ich die Pflege ausfinanziere und gleichzeitig die Regelarbeitszeit herunterschraube, schaffe ich mit demselben Pflegebedarf – der ja





"Wir müssen Generationengerechtigkeit einfordern; etwa Luxuspensionen kürzen und das Geld 1:1 für die Jungen verwenden."

Anna Stürgkh

"Ich halte wenig vom ewig beschworenen Generationenkonflikt zwischen Jung und Alt. Es ist einer zwischen oben und unten."

Paul Stich

lich kann er sich dann für eine Arbeitszeitverkürzung entscheiden, wenn er sich das leisten kann. Wogegen ich mich verweigere: Allen Unternehmer*innen aufzudrücken, dass sie mehr Geld zahlen sollen für weniger Beschäftigte, gerade jetzt, wo sie selbst nicht wissen, wo das Geld herkommen soll. Aber ja, kurz gesagt, ich finde es in diesem Teilaspekt durchaus anzudenken.

STICH / Können wir bitte protokollieren, dass die JUNOS für eine Arbeitszeitverkürzung stehen. (lacht)

STÜRGKH / Weißt du, wenn man sich momentan traut zu sagen, man ist liberal, kriegt man sofort den Monster-Stempel aufgedrückt. Wir haben nie gesagt: Alle Leute sollen 40 Stunden arbeiten. Ich finde sowieso, wir sollten Arbeitszeit komplett überdenken. Und das ist genau das, wofür wir stehen: Konzepte, die ausgedient haben, neu zu überdenken. Wir wollen nicht, dass das System bleibt, wie es ist. Und gerade wir als politische Jugend haben die Verantwortung, anders zu agieren als die

Mutterorganisationen, die sich immer nur auf einer ideologischen Ebene zerstreiten, ohne sich einmal damit zu befassen, was die anderen eigentlich wirklich sagen.

STICH / Auf jeden Fall. Die Verantwortung des Staates darf aber nicht nur auf Bereiche beschränkt bleiben, wo er als Arbeitgeber tätig ist. Man muss ein Arbeitsrecht schaffen, das auch Beschäftigte in der Privatwirtschaft entsprechend absichert.

Richten wir den Scheinwerfer auf die jungen Leute. Es droht eine "Lost Generation", über 80.000 Junge sind arbeitslos, auf Kurzarbeit, auf Lehrstellensuche. Was wird aus ihnen?

STÜRGKH / Die, die jetzt am meisten darunter leiden, werden am Ende alles zahlen

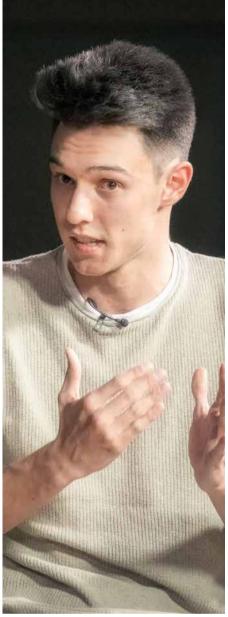
immer noch da ist, weil die zu pflegenden Leute nicht verschwinden – natürlich neue Arbeitsplätze.

Und wäre es nicht gerade in einer solchen Gesundheitskrise angebracht, den sogenannten systemrelevanten Pfleger*innen entgegenzukommen mit einer Arbeitszeitverkürzung?

STÜRGKH / Die Frage ist ja immer: Woher kommt das Geld? Ganz viele dieser Berufe sind zum Teil zu 100 Prozent vom Staat finanziert ...

STICH / Was ja nix Schlechtes ist.

STÜRGKH / Ich wollte auf etwas anderes hinaus. Wenn man den Staat in dem Fall als Arbeitgeber sieht, der er ja auch ist, natür-



müssen. Das Dramatische ist nicht nur die Jugendarbeitslosigkeit, sondern die langfristigen Konsequenzen. Wer jetzt seinen Job verliert, wird diese Differenz wahrscheinlich nie wieder wettmachen können. Man hat uns das am Anfang dieser Krise als eine Art Generationenvertrag angepriesen: Bleibt zu

STICH / Ich halte wenig vom ewig beschworenen Generationenkonflikt zwischen Jung und Alt. Es ist einer zwischen oben und unten. Wir müssen uns ansehen, wer in den letzten Jahren besonders profitiert hat, da sind sicher auch ein paar Luxuspensionen dabei, aber es geht um mehr. Man muss

heit aufgibt, um Sicherheit zu bekommen, der wird am Ende des Tages beides verlieren. Und wir sehen ja auch aktuell wieder, wie mit unseren Daten umgegangen wird. Ein verpflichtendes Tracking kann nicht die Lösung sein, die Folgen sind viel zu weitreichend.



Hause, tut es für die alte Generation, hieß es, schützt Oma und Opa! Und wir tun das auch gerne. Ich bin aber der Meinung, dass die Regierung auch die andere Seite des Vertrags ankündigen soll. Wir schützen sie gerne, aber wir erwarten, dass unsere Generation auch geschützt wird. Als Jugend sind wir ja leider gewohnt, dass wir immer nur die abgebissenen Knochen bekommen, Wahlzuckerl gehen immer nur an die Älteren. Wir müssen Generationengerechtigkeit einfordern; etwa Luxuspensionen kürzen und das Geld 1:1 für die Jungen verwenden. Junge Menschen brauchen eine Perspektive. Sie müssen gut ausgebildet werden, in einer Welt der Digitalisierung, leider kracht da ja auch unser Bildungssystem. Sie müssen die Chance haben, Dinge zu lernen, die sie auf ihren Arbeitsalltag vorbereiten.

die Gelegenheit jetzt am Schopf packen und endlich Vermögen besteuern. Superreiche parken ihr Geld auf den Cayman Islands, wir finden, es käme der Gemeinschaft wesentlich sinnvoller zugute. Unter anderem auch, weil dieses Geld ja auch irgendwann mal von Arbeiter*innen in Österreich erwirtschaftet wurde. Wohlstand darf nicht in den Händen einiger weniger liegen.

Thema Corona-App. Kaum sind die Ausgangsbeschränkungen gelockert, liegen wieder alle eng nebeneinander am Wiener Donaukanal herum. Muss man wirklich erst überwachen, damit sich alle ans "Social Distancing" halten?

STICH / Eine tatsächlich schwierige Frage. Aber ich glaube, wer die persönliche Frei**STÜRGKH** / Ja, von uns erwartet man immer, dass wir alle möglichen Daten freigeben, aber die Regierung selbst gibt nicht einmal alle Corona-Zahlen heraus. Bevor wir darüber reden, ob sich jeder von uns tracken lassen sollte, sollte die Regierung selbst einmal transparenter sein.



Das ausführliche Streitgespräch als Video finden Sie unter

& ONLINE

www.arbeit-wirtschaft.at/interviews

Land der Vermögensberge

In Österreich sind Vermögen sehr ungleich verteilt. Eine Besserung ist jedoch kaum in Sicht. Im Gegenteil: Durch Erbschaften und die damit verbundenen Startvorteile einiger weniger verschärft sich diese Problematik, und die Spirale der Ungleichheiten dreht sich weiter nach unten.



TEXT BEATRIX MITTERMANN

ie Zahlen sind erschreckend: Das reichste Prozent der Haushalte in Österreich besitzt rund 40 Prozent des Nettovermögens. "Die obersten 10 Prozent haben mehr als die restlichen 90 Prozent der Bevölkerung gemeinsam", analysiert Matthias Schnetzer, Referent für Verteilungsfragen sowie Sozialund Wirtschaftsstatistik der AK Wien. Bei den Vermögen gibt es damit keine breite Mittelschicht, wie wir sie von den Einkommen kennen. Während die reichsten Haushalte vermehrt Unternehmensbeteiligungen, Wertpapiere und Zinshäuser besitzen, sind es in der ärmeren Hälfte meist nur ein Auto und ein Sparbuch – wenn überhaupt.

Bevölkerungsanteil

Sehr stark sieht man dieses Missverhältnis auch im Vergleich von Löhnen und Managergehältern. Die Lücke hat sich in den vergangenen Jahren rasant gesteigert: Lag das Verhältnis zwischen Löhnen und Managergehältern 2003 noch bei 1:24, so wuchs es 2015 auf 1:43 an und lag 2018 bereits bei 1:64.

Ein weiterer Aspekt, der in diesem Zusammenhang Besorgnis erregt: Frauen haben weniger Vermögen – und zwar im Durchschnitt sogar um 23 Prozent weniger als Männer. Während Männer durchschnittlich circa 165.000 Euro besitzen, sind es bei Frauen nur 127.000 Euro. Und innerhalb von Paar-Haushalten ist diese Lücke sogar noch größer.



& PODCAST

Warum eigentlich ist Reichtum so ungerecht verteilt? Journalistin und Autorin Sara Hassan im Gespräch mit Ökonom Matthias Schnetzer.

www.arbeit-wirtschaft.at/podcast

Anteil am Nettovermögen

Keine Besserung in Sicht

Aussicht auf Besserung gibt es kaum: "Die Vermögensungleichheit bleibt seit Jahren auf konstant hohem Niveau und zählt zu den höchsten in ganz Europa", so Julia Hofmann, Referentin für soziale Ungleichheit und Verteilungsfragen der AK Wien. Durch die Zahlen der Household Finance and Consumption Survey der Oesterreichischen Nationalbank (HFCS 2017) gibt es handfeste Fakten für die zuvor von Mutmaßungen geprägte Diskussion über die Vermögensverteilung. "Das Fazit dieser jahrelangen Forschung ist

allerdings ernüchternd. Die Vermögensungleichheit ist viel höher als ursprünglich angenommen", sagt auch Michael Ertl, Referent für Konjunktur- und Verteilungsfragen der AK Wien.

Nicht zu vernachlässigen sind auch die Problemfelder der Erhebung: "Besonders reiche Haushalte sind darin nur unzureichend erfasst, womit die tatsächliche Vermögenskonzentration noch größer ist als die in den Daten gemessene", erklären Benjamin Ferschli, Doktoratsstudent der Politischen Ökonomie an der University of Oxford, und Rafael Wildauer, der an der Universität Greenwich in London lehrt. "Ein zentrales Problem der Haushaltserhebungen von Einkommens- und Vermögensdaten besteht in der Schwierigkeit, die Vermögen der ärmsten und reichsten Bevölkerungsgruppen korrekt zu erfassen, da die Methode der Zufallsziehung bei einer kleinen Stichprobe nicht gewährleistet, den oberen und unteren Rand der Vermögensverteilung ausreichend abzubilden. Darüber hinaus besteht das Problem, dass reichere Haushalte oft weniger dazu bereit sind, an Befragungen dieser Art teilzunehmen, selbst wenn die Antworten anonymisiert werden."

Erbschaften sind noch ungleicher verteilt

Doch was genau bedeutet das und welche Konsequenzen ergeben sich aus der ungleichen Vermögensverteilung? "Wer viel Vermögen besitzt, kann sich politisch mehr Gehör verschaffen als andere und Vorteile auf Kosten der breiten Bevölkerung erlangen", analysieren Schnetzer, Hofmann und Ertl. "Dazu kommt, dass hohe Vermögen einigen wenigen erhebliche Startvorteile gegenüber der breiten Bevölkerung ermöglichen. Diese Vorteile werden über Generationen hinweg weitervererbt und einzementiert. Die Ergebnisse des HFCS 2017 zeigen eindrücklich, dass Erbschaften noch deutlich ungleicher verteilt sind als Vermögen insgesamt. Nur etwa zwei Fünftel der Haushalte in Österreich haben (bisher) eine Erbschaft erhalten. Die meisten davon haben nichts Nennenswertes, einige wenige aber haben sehr viel Vermögen geerbt."

In Zahlen ausgedrückt: Die unteren 90 Prozent der Haushalte erben im Durchschnitt 124.000 Euro. Betrachtet man jedoch die Top-10-Prozent, so liegt das durchschnittliche Erbe bereits bei 828.000 Euro. Noch dramatischer wird der Unterschied, wenn man das oberste Prozent der Bevölkerung betrachtet: Hier werden im Durchschnitt 3.373.000 Euro geerbt. Erbschaften sind damit ein zentraler Grund für die ungleiche Verteilung von Vermögen, durch die sich die Spirale der Ungleichheiten weiterdreht.

Corona-Krise verschärft Ungleichheiten

Was bereits vor Beginn der Corona-Krise alles andere als rosig aussah, wird sich nun vermutlich noch weiter verschlimmern: "Der massive Rückgang des gesamtwirtschaftlichen Einkommens durch die Corona-Krise wird die Frage der Einkommensverteilung in Zu-



1 / Die obersten 10 Prozent haben mehr als die restlichen 90 Prozent gemeinsam

Eine kleine Anzahl sehr reicher Menschen besitzt einen großen Teil des privaten Vermögens in Österreich: Das reichste Prozent besitzt rund 40 Prozent des Nettovermögens, die obersten 10 Prozent haben mehr als die restlichen 90 Prozent gemeinsam. Damit zählt Österreich – zusammen mit Deutschland – zu den Ländern des Euroraums mit der größten Vermögensdifferenz.

2 / Mehr Vermögen, mehr politischer Einfluss

Eine starke Vermögenskonzentration hat demokratiepolitische Konsequenzen: Durch die Zunahme sozialer Ungleichheit verstärkt sich die Machtasymmetrie. Wer über mehr Vermögen verfügt, hat bessere Chancen, sich politisch einzubringen.

3 / Sozialstaat hebt Lebensstandard

Mit seinem öffentlichen Vermögen sorgt der Wohlfahrtsstaat für einen hohen Lebensstandard für alle – also auch für jene, die nicht auf große Ersparnisse und Erbschaften zurückgreifen können. Denn gerade für sie ist das öffentliche Vermögen (z. B. Schulen, Spitäler, öffentliche Verkehrsmittel, Seen, Wälder usw.) besonders wichtig. In absoluten Zahlen ausgedrückt, verdoppelt das öffentliche Vermögen das Privatvermögen der unteren 90 Prozent.

kunft noch mehr in den Mittelpunkt des wirtschaftspolitischen Interesses rücken", geben Stefan Jestl, Ökonom am Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw), und Emanuel List, Ökonom am Forschungsinstitut Economics of Inequality an der WU Wien, zu bedenken. Denn wenn die Corona-Krise eines gezeigt hat, dann das: "Nicht alle Menschen sind im selben Ausmaß von der Krise und ihren Gegenmaßnahmen betroffen", so Schnetzer. Man denke nur an die dramatischen Arbeitslosenzahlen und die vielen Ein-Personen-Unternehmen, die aktuell ums Überleben kämpfen. Wer ein größeres Vermögen besitzt oder sogar von den Zinsen seines Vermögens leben kann, ist deutlich krisenresistenter als all jene Menschen, die über weniger bis kaum Vermögen verfügen.

Zahlen, bitte!

Die Krise wird teuer, und im Gegensatz zur Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09 sollten die Arbeitnehmer*innen diesmal auf getrennte Rechnung bestehen.

TEXT MICHAEL MAZOHL

aum dreht man das Radio auf, den Fernseher oder die bevorzugte Social-Media-App, purzeln Rekorde heraus: Rekord-Arbeitslosigkeit, Rekord-Rezession, Rekord-Budget-defizit. Selbst wenn die Pandemie – den Lockerungen und der schrittweisen Rückkehr der Normalität zum Trotz – noch nicht überstanden ist, drängt sich eine Frage immer stärker in den Vordergrund: Wer soll das bezahlen?

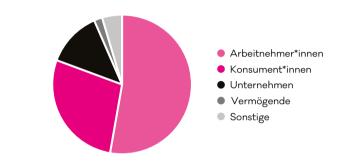
Die letzte Rechnung – die der Banken in der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09 – bezahlten nämlich überwiegend die Arbeitnehmer*innen und nicht unbedingt die Verursacher der Krise. Das Bankenpaket kostete von 2009 bis 2017 in Summe 14,1 Milliarden Euro. Geld, das für den Sozialstaat gefehlt hat. Jetzt schon ist absehbar: Diese Krise war im Vergleich zu heute ein Schnäppchen. Auch der Einbruch der Wirtschaftsleistung fiel deutlich geringer aus.

Es geht abwärts

Die Prognosen des WIFO gehen davon aus, dass das österreichische Bruttoinlandsprodukt 2020 schrumpft – zwischen 5,2 und 7,5 Prozent: eine Rekord-Rezession also. Rezession gab es auch 2009, allerdings "nur" 3,9 Prozent. Das BIP allein zeigt nur ein Gesamtbild und sagt nichts darüber aus, welche Bereiche der Wirtschaft besonders betroffen sind. Für die Corona-Krise kann aber gesagt werden: Es trifft praktisch alle Bereiche, wenn auch unterschiedlich stark, am stärksten Hotellerie, Gastronomie, Kunst und Kultur. Ein leichtes Wachstum – Homeoffice & Co sei Dank – verzeichnet lediglich der Bereich Information und Kommunikation.

Für den Bundeshaushalt ergeben sich damit zwei Probleme: Auf der einen Seite muss Geld für Kurzarbeit, höhere Arbeitslosigkeit und Konjunkturpakete in die Hand genommen werden. Auf der anderen Seite bedeuten höhere Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit für den Staat Einnahmenverluste – das Aufkommen aus der Lohnsteuer und den Sozialversicherungsbeiträgen sinkt genauso wie das aus der Umsatzsteuer. Hier rächt sich, dass der Staatshaushalt so stark auf die Beiträge von Arbeitnehmer*innen und Konsument*innen angewiesen ist.

Wer trägt wie viel zum Staatshaushalt bei?

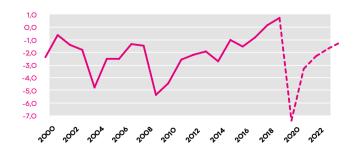


Das kostet

28 Milliarden Euro und damit 7,4 Prozent des BIP wird das Budgetdefizit heuer betragen – dieses Rekorddefizit berechnete das WIFO in einem Szenario, das von Expert*innen als eher optimistisch kritisiert wird. Philipp Gerhartinger, Leiter der Abteilung Steuerrecht in der Arbeiterkammer Wien, sieht drei Möglichkeiten: Ausgaben zu senken (die Frage stellt sich dann, wo genau), Einnahmen zu erhöhen (was die Frage aufwirft, wer zur Kasse gebeten wird) oder aber auch Kredite aufzunehmen – die Zinslage ist schließlich ausgesprochen günstig – beziehungsweise Staatsanleihen aufzulegen.

Vor einem warnt Gerhartinger eindringlich: "Es ist sowohl für die Menschen als auch für die Volkswirtschaft als Ganzes gefährlich, bereits 2021 wieder ein 'Nulldefizit' als Ziel der Budgetpolitik zu definieren." Und er formuliert seine Sorge pointiert: "Ein enges Nulldefizit-Sparkorsett schnürt uns die Luft ab, wir müssen aber atmen können, um aus dieser Krise herauszukommen."

Budgetdefizit (in Prozent des BIP)

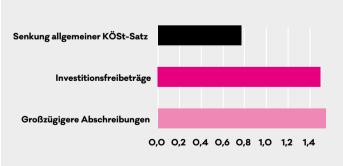


Die falschen Köder

Was jedenfalls klar ist: Der Wirtschaftskreislauf muss wiederbelebt werden. Was zu diesem Zweck immer wieder auf den Debattentisch geworfen wird, ist eine Senkung des Gewinnsteuersatzes, der Körperschaftsteuer. Eine niedrige KÖSt mache den Wirtschaftsstandort attraktiv, so die Annahme.

Aber daraus ergeben sich mehrere Probleme:
Senkt Österreich den Gewinnsteuersatz, ziehen andere Länder nach – der Effekt des Steuerwettbewerbs in der EU wird beschleunigt. Das kann nur auf europäischer Ebene gelöst werden, beispielsweise durch EU-weite Mindeststeuersätze. Gleichzeitig profitieren von einem niedrigeren KÖSt-Satz zu 80 Prozent lediglich die fünf Prozent der größten Unternehmen – und zum Beispiel kaum die von der Krise schwer angeschlagenen KMUs. Und vor allem: Dem Budget fehlen weitere direkte Einnahmen in Milliardenhöhe.

Wie erhöht sich das BIP im Verhältnis zu entgangenen KÖSt-Einnahmen?



Das IHS hat untersucht, welche Maßnahmen zur Reduktion der Körperschaftsteuern am besten greifen, um der Wirtschaft Impulse zu versetzen: eine Senkung des allgemeinen KÖSt-Satzes, höhere Investitionsfreibeträge oder großzügigere Abschreibungsmöglichkeiten; konkret: Um wie viel Euro erhöht sich das BIP pro Euro, der dem Staat an Körperschaftsteuer entgeht?

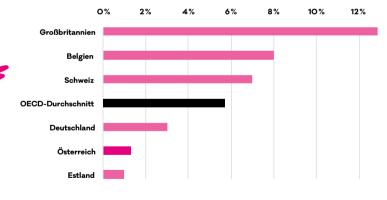


Harte Einschnitte in den Sozialstaat müssen zudem – nicht nur in einer Krise – verhindert werden. Susanne Forstner, Senior Researcher am IHS, fasst die Ergebnisse der Studie zusammen: "Entlastungen in der Körperschaftsbesteuerung, die direkt auf die Förderung von Unternehmensinvestitionen abzielen, wären etwa zweimal so kosteneffektiv wie eine Senkung des allgemeinen KÖSt-Satzes." Einfach gesagt: Unternehmen sollten dazu gebracht werden, schnell und viel zu investieren, und nicht dazu, einfach nur weniger Gewinnsteuern zu zahlen.

Wo ist das Geld?

Die sogenannten automatischen Stabilisatoren – Arbeitslosengeld (das erhöht werden sollte) und Kurzarbeit – sorgen dafür, dass die Konsumnachfrage, der Wirtschaftsmotor, nicht komplett einbricht. Konjunkturmaßnahmen bringen wieder Schwung in die Unternehmen. Harte Einschnitte in den Sozialstaat müssen zudem – nicht nur in einer Krise – verhindert werden. Ohne zusätzliche Einnahmen wird sich das nicht ausgehen. Wer kann also noch einen Beitrag leisten? Die Arbeitnehmer*innen sind es in den Zeiten von Rekord-Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit einmal nicht. Aber es gibt ja noch die Vermögenden.

Anteil vermögensbezogener Steuern am gesamten Steueraufkommen

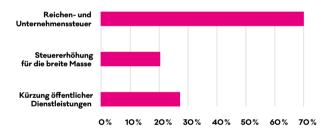




Der Anteil von Vermögenden zum Steuerkuchen ist mit 1,3 Prozent sehr bescheiden. Im OECD-Vergleich gehört Österreich zu den Schlusslichtern der Vermögensbesteuerung – und selbst die EU-Kommission, alles andere als eine sozialistische Hochburg, empfiehlt Österreich, Vermögende stärker in die Steuerpflicht zu nehmen.

Dazu gibt es in weiten Teilen der Bevölkerung in Österreich auch Zustimmung. Bereits 2018 zeigte eine repräsentative Befragung der Arbeiterkammer Wien: Die höhere Besteuerung von Immobilien und Grundstücken, von Unternehmen und größeren Vermögen sowie die Einführung einer Erbschaftssteuer zur Finanzierung des Sozialstaats befürworten 71 Prozent der Befragten. Eine Abfuhr hingegen gibt es für die Erhöhung von Massensteuern sowie die Kürzung öffentlicher Leistungen.

Zustimmung zu Finanzierungsformen von Sozialleistungen



Im Detail zeigt sich die Zustimmung zu vermögensbezogenen Steuern unterschiedlich. Vermögenssteuern finden allgemein eine breite Zustimmung. Schwieriger wird es bei der Erbschaftssteuer – hier hält sich hartnäckig der Mythos, dass die kleinen Häuslbauer*innen draufzahlen. Was aufgrund der hohen Freibeträge allerdings gar nicht zutrifft. Oder es wird dieses Argument in die Debatte geworfen: Das Erbe sei doch schon versteuert worden und man habe hart dafür gearbeitet. Allerdings nicht von den Erb*innen, für diese ist es ein leistungsloses Einkommen.

Und auch das bedeutet Verteilungsgerechtigkeit: dass leistungslose Einkommen wie Erbschaften einen Beitrag leisten. Schließlich stammen die großen Vermögen in Österreich überwiegend aus Erbschaften und sind kaum selbst erarbeitet. Das wäre nicht nur in der Krise ein Gebot der Stunde, aber die Krise könnte dafür die passende Gelegenheit bieten.

DREI FORDERUNGEN ZUR FINANZIERUNG DER KRISE

Mittelfristig schlägt die Arbeiterkammer einen grundsätzlichen Umbau des Steuersystems vor. Einkommen aus Arbeit sollen geringer besteuert werden, große Vermögen und Erbschaften endlich mehr. Konzerne sollen stärker in die Pflicht genommen werden. Konkret geht es um die Einführung einer Millionärs- und Erbschaftssteuer über einer Million Euro. Die Steuerkontrollen von Konzernen sollen strenger gestaltet und zudem soll dem Steuerdumping in der EU durch Mindeststeuern für Unternehmen Einhalt geboten werden.

Zur Finanzierung der Krise bedarf es aber kurzfristiger, befristeter Maßnahmen.

1/Befristete Vermögensabgabe

Nach der Höhe gestaffelt sollen Vermögen einen Beitrag leisten: zwei Prozent über zehn Millionen Euro, drei Prozent über 100 Millionen Euro und vier Prozent über einer Milliarde Euro. Pro Jahr brächten diese Maßnahmen sieben Milliarden Euro, betroffen wäre lediglich das oberste Prozent der reichsten Haushalte.

2 / Erhöhung der Kapitalertragsteuer auf Dividenden

Im Jahr 2019 wurde eine Rekordsumme an Dividenden ausgeschüttet. In der Krise belasten Dividendenausschüttungen einerseits die Liquidität der Unternehmen. Andererseits sind sie bei Konzernen schwer zu vertreten, wenn diese gleichzeitig das Corona-Kurzarbeitsmodell oder andere Unterstützungsleistungen in Anspruch nehmen. Eine Anhebung der Kapitalertragsteuer auf Dividenden von 27,5 Prozent auf 35 Prozent bringt 600 Millionen Euro pro Jahr.

3 / Anhebung des Spitzensteuersatzes

Im Durchschnitt verdienten ATX-Vorstände im Jahr 2019 das 57-Fache des Medianeinkommens. Der Spitzensteuersatz in Österreich beträgt 55 Prozent ab einem Jahreseinkommen von mehr als einer Million Euro. Eine Erhöhung auf 75 Prozent bringt 80 Millionen Euro im Jahr von etwa 300 betroffenen Spitzenverdiener*innen.

Gute Arbeit und Gerechtigkeit statt Applaus



RENATE ANDERLAK-PRÄSIDENTIN

ie Corona-Krise hat unser Land schwer erschüttert, und es ist noch nicht vorbei: Binnen weniger Wochen ist die Arbeitslosigkeit auf über eine halbe Million gestiegen. Viele Unternehmen und Arbeitsplätze werden die Krise wohl nicht überstehen. Die Krise hat vieles offenbart, sowohl Licht als auch Schatten. Die Menschen im Land haben große Hilfsbereitschaft gezeigt. Die Sozialpartnerschaft hat mit der raschen Vereinbarung der Corona-Kurzarbeit ihren enormen Wert bewiesen. Aber auch viele Bruchlinien in der Gesellschaft sind sichtbar geworden: beim Zugang zu Kinderbetreuung, Bildung, der Aufteilung bezahlter und unbezahlter Arbeit, beim Wert, den manche Arbeit generell hat.

Wir müssen jetzt die Chance nützen, die Arbeitswelt und die Gesellschaft ein großes Stück gerechter zu machen. Applaus und Heldendenkmäler sind nett, tragen aber dazu nichts bei. Was es braucht, sind Maßnahmen in vielen Bereichen, allen voran Bemühungen zur Senkung der Arbeitslosigkeit auf Vorkrisenniveau: mit einer Weiterbildungsoffensive in Richtung digitale Qualifikationen, mit Programmen für ältere Arbeitslose, Langzeitarbeitslose, Jugendliche, mit einer Ausbildungsoffensive in der Pflege.

Es braucht auch dringend höheres Arbeitslosengeld. Das liegt derzeit bei 55 Prozent des letzten Nettogehalts. Die Menschen haben aber weiterhin 100 Prozent der laufenden Kosten. Arbeitslosigkeit macht Menschen arm – das geht nicht! Und das AMS braucht mehr Personal, damit Arbeitslose gut und schnell vermittelt werden können.

Österreich mit diesen und weiteren Maßnahmen ein großes Stück gerechter zu machen, kostet Geld. Geld, das durchaus vorhanden ist. Wir brauchen also ein gerechteres Steuersystem, mit den bekannten Forderungen nach Millionärs- und Erbschaftssteuer – und zusätzlich mit befristeten Abgaben auf große Vermögen, der Höhe nach gestaffelt: 2 Prozent pro Jahr ab 10 Millionen Euro, 3 Prozent ab 100 Millionen und 4 Prozent ab einer Milliarde. Das trifft ein Prozent der Haushalte und bringt mindestens 7 Milliarden Euro im Jahr. Das sind keine utopischen Forderungen, die die Reichen aus Österreich vertreiben werden, denn so sind unsere Reichen nicht! Denn auch die Reichen wissen, was der Sozialstaat gerade in der Krise wert ist – in jedem Fall mehr als die vierte Jacht. Also lassen wir sie endlich dazu beitragen, Österreich gerechter zu machen.

OGB VERLAG | SHOP Für Arbeit, Recht, Soziales shop.oegbverlag.at



Bücher + Online-Datenbank + e-book

Arbeitsverfassungsrecht

Gesamtwerk in 5 Bänden im Schuber + Online-Datenbank + e-book

Sieglinde Gahleitner, Rudolf Mosler (Hrsg.)

Gesetze und Kommentare / 2020 / 3.256 Seiten Gesamtwerk + Online-Datenbank + e-book EUR 299,00 (Einzelpreis EUR 315,00) ISBN 978-3-99046-432-8

Die Vorteile

- Erläuterungen und Zitate sind wissenschaftlich fundiert, aber auf das Wesentliche konzentriert.
- Das e-book im PDF-Format.
- Neuerungen in Rechtsprechung oder -setzung werden im Rahmen der laufenden Aktualisierung der Online-Datenbank berücksichtigt.
- Laufende Aktualisierungen bzgl. Corona-Krise
- Die redaktionell bearbeiteten Schlagworte in Verbindung mit der innovativen Suchfunktion f\u00f6rdern auch versteckte Hinweise und unvermutete Zusammenh\u00e4nge zutage.
- Die Verlinkungen auf Entscheidungen im RIS und vor allem auf Entscheidungsbesprechungen in "Das Recht der Arbeit" und infas eröffnen den Zugang zu vorselektierter Hintergrundinformation.



Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags

Rathausstraße 21, 1010 Wien shop@oegbverlag.at Telefon 01/405 49 98-132 Fax 01/405 49 98-136 Montag bis Freitag, 9.00–18.00 Uhr

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien office@oegbverlag.at
Telefon 01/662 32 96-0
Fax 01/662 32 96-39793





Ein Ersuchen des Verlages an den/die Briefträgerln: Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

AW

Straße/Gasse

Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl

Ort